

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

I N H A L T

Der abenteuerliche Charakter der aggressiven amerikanischen Außenpolitik 1

Mikola BASHAN — Ein historisches Datum im Leben des ukrainischen und des bjelorusischen Volkes . . . 3

N. JEWGENJEW — Der Feldzug des englisch-amerikanischen Blocks gegen die Prinzipien der UNO . . . 9

In den Ländern der Volksdemokratie 14

Internationale Umschau (Notizen) 15

M. SEWEROW — In Argentinien (Reisenotizen) (Schluß) 23

Kritik und Bibliographie:

V. BERESHKOW — Churchills Sendbote bei der Titoclique 27

Leserbriefe:

N. MURATOW — Panislamische Pläne eines „Welt“kalifats 30

Chronik der internationalen Ereignisse 32

Beilage: Ralph Parker — Verschwörung gegen den Frieden. Aufzeichnungen eines englischen Journalisten.

Nr. 44
Jahrgang 1949

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriftleiter: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

Der abenteuerliche Charakter der aggressiven amerikanischen Außenpolitik

DIE AUSSENPOLITIK des amerikanischen Imperialismus erleidet Fiasko auf Fiasko. Die schwere Krise des Marshallplans in Westeuropa kann schon lange nicht mehr verhehlt werden. Der Abschluß der Spaltung Deutschlands durch die Bildung des Bonner Marionettenstaates ruft in dem deutschen Volke eine machtvolle Bewegung für nationale Einheit, Frieden und Freiheit hervor; Verkörperung dieser Bewegung ist die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Die Aufdeckung der Spionenbande Rajks in Ungarn hat zur endgültigen Enthüllung der Belgrader Agentur des amerikanischen Spionagedienstes auf dem Balkan geführt. In Asien macht der große Sieg des chinesischen Volkes die amerikanischen Pläne zur Unterjochung und Ausbeutung Chinas zunichte. In wirtschaftlicher Hinsicht sind die Hoffnungen der Planmacher im Staatsdepartement, die Krise verhüten zu können, gescheitert. Schließlich ist der Mythos vom amerikanischen Atommonopol, auf den sich die Atomernpressung und die ganze Atomdiplomatie stützten, wie eine Seifenblase geplatzt.

Die Niederlagen der amerikanischen Außenpolitik sind so offensichtlich, daß selbst solche Interessenwahrer der Wall Street wie Walter Lippmann gezwungen sind, eine gewisse Revision ihrer bankrotten Methoden zu fordern. Was die demokratische Öffentlichkeit der ganzen Welt betrifft, so ist sich diese über das Abenteuerliche an der Politik Washingtons, das deren unvermeidliche Niederlagen bedingt, durchaus im klaren.

Dieser Charakter der amerikanischen Außenpolitik äußert sich vor allem darin, daß sie den Willen des überwiegenden Teils der Menschheit nach einem dauerhaften Frieden selbstverblendet ignoriert. Die amerikanischen Imperialisten schleudern hunderten Millionen einfacher Menschen eine Herausforderung ins Gesicht, indem sie offen und zynisch einen neuen aggressiven Krieg vorbereiten. Mit ihren Versuchen, die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie aggressiver Absichten zu bezichtigen, mit ihren heuchlerischen Versicherungen, sie seien der Sache des Friedens ergeben, können sie nur Leute betrügen, die betrogen werden wollen. Die ganze Welt sieht, daß das Haupthindernis auf dem Wege

der finsternen Pläne der Kriegsbrandstifter die Macht der Sowjetunion ist, die gerechte, friedliebende Politik der Sowjetunion, die von den Ländern der Volksdemokratie voll unterstützt und von den Friedensanhängern in allen Ländern gebilligt wird.

Die Volksmassen in allen Ländern wollen einen dauerhaften Frieden. Sie verteidigen die Sache des Friedens immer aktiver und entschlossener, indem sie die verbrecherischen Pläne der Kriegsbrandstifter enthüllen und durchkreuzen. Die demokratische Öffentlichkeit bewertet mit vollem Recht jede Niederlage der aggressiven Politik Washingtons — sei es in Europa, Asien oder Amerika — als neuen Sieg der Sache des Friedens.

Das Kuomintangregime in China war ein Symbol des ununterbrochenen Bürgerkriegs der reaktionären Clique gegen das Volk, es war ein Herd von Wirrnissen im Fernen Osten. Die Volksrepublik China wurde geboren und erringt ihre Siege im Zeichen des Friedens.

In Deutschland machen die amerikanischen Imperialisten und ihre Bonner Marionetten die Westzonen zu einem Reservat des Faschismus und des Revanchismus, zu einem Brückenkopf der Aggression gegen die Nachbarländer, zu einem Stützpunkt für neue Abenteuer. Die auf der Basis der Potsdamer Prinzipien gegründete Deutsche Demokratische Republik ist ein friedliebender Staat. Darin besteht ihre gewaltige innere Stärke, darin liegt das Unterpfand für ihre Zukunft.

Die Gründung der Deutschen Demokratischen friedliebenden Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. Diese Tatsache ist von kolossaler Bedeutung, vor allem vom Standpunkt der Festigung des Friedens. Erinnern wir an die weisen Worte des Hauptes der Sowjetregierung, J. W. Stalins:

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Existenz eines friedliebenden demokratischen Deutschland neben der Existenz der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, den Gemetzeln in Europa ein Ende bereitet und die Knechtung europäischer Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht.“

Die USA-Imperialisten verachten hartnäckig und hochmütig das Streben der Völker, ihr Schicksal selber zu gestalten. Die Weisen von Washington bilden sich ein, weil ihre Taschen mit Dollars vollgestopft sind, könnten sie Vormünder der ganzen Menschheit werden und die Herrschaft über die ganze Welt an sich reißen. In der jetzigen Periode ist der USA-Imperialismus der Hauptunterdrücker der Völker. Er tritt als Würger der kolonialen und abhängigen Länder auf. Er unterjocht die besiegten Länder — Italien, Japan und Westdeutschland. Er knechtet die andern marshallisierten Staaten, darunter Frankreich, immer mehr und versetzt England in die Lage seines abhängigen, botmäßigen Satelliten.

Doch nie zuvor war das Streben der Völker nach Freiheit, Selbständigkeit und Unabhängigkeit so groß. Naturgemäß ist die Spitze des Befreiungskampfs in der ganzen Welt gegen den USA-Imperialismus gerichtet. Weder in Europa noch in Asien oder Lateinamerika sind die Millionenmassen gewillt, eine Überlegenheit der angelsächsischen Rasse und die Ansprüche der englisch-amerikanischen Imperialisten auf Vorherrschaft in allen Angelegenheiten der Welt anzuerkennen. Deswegen betrachten sie jedes Fehlschlagen der amerikanischen Politik der Gewalt und des Diktats als einen Erfolg des Kampfes der Völker um Freiheit und Unabhängigkeit.

Schließlich ist die Außenpolitik Washingtons zutiefst abenteuerlich, weil sie die geschichtlichen Entwicklungsgesetze zu mißachten sucht. Man kann nicht auf Erfolg rechnen, wenn man Mitte des 20. Jahrhunderts Methoden anwendet, die der Praxis der ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts entlehnt sind, als reaktionäre Regierungen jene Heilige Allianz zusammenzimmerten, nach deren Vorbild der Nordatlantikblock zugeschnitten ist. Die Zerschneider dieses aggressiven Blocks versuchen gleich ihren hitlerfaschistischen Vorläufern, die Sowjetunion auf der internationalen Arena zu isolieren. Die Politiker des englisch-amerikanischen Blocks sind bestrebt, eine Situation zu schaffen, in der sie internationale Angelegenheiten ohne die Sowjetunion entscheiden könnten. Doch heutzutage sind diese Versuche hoffnungsloser als je zuvor, denn das Ansehen der Sowjetunion auf der internationalen Arena ist unermesslich gestiegen, und die Macht des von der sowjetischen Großmacht geführten Lagers des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus ist in stetigem Wachsen begriffen.

Es liegt eine tiefbegründete historische Gesetzmäßigkeit darin, daß die Volksmassen sich in der jetzigen Epoche vom Kapitalismus abwenden und mit ganzem Herzen dem Sozialismus zustreben. Immer offensichtlicher, immer klarer tritt ja der

Bankrott des kapitalistischen Systems zutage, das begründet ist auf der Ausbeutung der werktätigen Massen und der Versklavung des überwiegenden Teils der Menschheit. Dieser Bankrott äußert sich sowohl im Unvermögen des Kapitalismus, hunderten Millionen Menschen in Friedenszeiten ein menschenwürdiges Dasein zu gewährleisten, als auch in der ungeheuerlichen, durch das Wesen des modernen Monopolkapitalismus selber heraufbeschworenen Gefahr einer Massenausrottung von Menschen.

Zugleich ist der Sozialismus bereits kein fernliegendes und abstraktes Zukunftsbild mehr. Im Sowjetstaat, der schon mehr als drei Jahrzehnte besteht, ist er konkrete Wirklichkeit geworden. In den letzten Jahren sind auch mehrere andere Staaten — die Länder der Volksdemokratie — auf die Bahn des Sozialismus übergegangen.

Was ist Erstaunliches daran, daß die Völker in Europa und Asien es satt haben, das Joch der kapitalistischen Ausbeutung und der Allmacht der Monopole zu schleppen, wie immer man auch dieses Joch mit dem Flitter der sogenannten westlichen Demokratie verzieren mag? Was ist Erstaunliches daran, daß die Völker, die noch im kapitalistischen Zuchthaus und in den Kolonialkernern schmachten, mit aller Kraft nach einem Leben ohne Ausbeutung, nach einem menschenwürdigen Dasein streben?!

Die amerikanischen Imperialisten und ihre Lakaien, die Rechtsozialisten, versuchen, diese einfache historische Wahrheit in einem endlosen Meer von Falschmeldungen und Verleumdungen zu ertränken. Einerseits versuchen sie, die Werktätigen mit den falschen Schlagworten der bürgerlichen Demokratie zu betrügen. Andererseits suchen sie den Sozialismus in verleumderischer Weise als „totalitäres System“ hinzustellen. Doch selbst bei Aufbietung des so reichhaltigen Arsenal der Irreführung der Massen, das den regierenden Cliquen der kapitalistischen Länder zur Verfügung steht, sind diese nicht imstande, die wirkliche Sachlage zu ändern. Durch alle Drahtverhaue hindurch, über alle Schranken hinweg bahnt sich die Wahrheit den Weg.

Mit den Methoden von „Mantel und Dolch“, den Methoden der Geheimdiplomatie und der politischen Attentate, der Korruption, der Erpressung und der Verschwörungen konnte man vielleicht zu jener Zeit noch etwas ausrichten, als die Imperialisten den ersten Weltkrieg vorbereiteten. Aber angewendet auf die Sowjetunion zu der Zeit da die Imperialisten den zweiten Weltkrieg vorbereiteten, erwiesen sie sich als unhaltbar, wie sie auch Schiffbruch erleiden, wenn heutzutage versucht wird, sie gegen die Länder der

Volksdemokratie anzuwenden. Wovon zeugt das? Vom Wachstum der politischen Macht der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie, von der Festigung des Friedenslagers, vom gesteigerten Selbstbewußtsein der Volksmassen, von der Aktivität, mit der diese ihre sozialen Errungenschaften und ihre Unabhängigkeit verteidigen.

Die Volksmassen werden immer wachsamer gegen die Pläne und Ränke der imperialistischen Politiker. Das verbrecherische Vorhaben der neuen Weltherrschaftsanwärter läßt die Völker auf der Hut sein. Schließlich und endlich ist sich Washington ja nicht einmal seiner eigenen Partner sicher. Die im Eiltempo zusammengetrommelten aggressiven Blocks sind nicht imstande, die wachsende Isoliertheit der Vereinigten Staaten zu verbergen, die zwar ganze Heerscharen

von reaktionären Politikastern aus allen Ländern um sich gruppiert, dafür aber die Völker von sich abgestoßen haben.

Man kann es also nicht als Zufall betrachten, daß der Dollarimperialismus mit seiner aggressiven Politik ein Fiasko nach dem andern erleidet. Diese Politik ist nicht nur erzreaktionär; ihr mangelt auch jeder Realismus. Aber wie haltlos untergangsgeweiht der Abenteuerkurs des USA-Imperialismus auch sein mag, bedroht er doch die Menschheit mit ernstlichen Gefahren. Je hoffnungsloser die Sache der Reaktion ist, um so skrupelloser geht sie vor. Nur die Entschlossenheit der Völker, mit allen ihren Kräften für den Frieden zu kämpfen, wird die verbrecherischen Absichten der Kriegsbrandstifter zum Scheitern bringen.

Ein historisches Datum im Leben des ukrainischen und des bjelorussischen Volkes

M. BASHAN

AM 1. UND 2. NOVEMBER 1949 begehen das ukrainische und das bjelorussische Volk und mit ihnen alle ihre Brudervölker im Sowjetland festlich das zehnte Jubiläum eines bedeutungsvollen Datums ihrer Geschichte: die Wiedervereinigung des ukrainischen Volkes in einem einheitlichen ukrainischen Staat und die Wiedervereinigung des bjelorussischen Volkes in einem einheitlichen bjelorussischen Staat.

Der jahrhundertealte Traum der Ukrainer und der Bjelorussen ist in Erfüllung gegangen. Verschwunden sind die gewaltsam und künstlich aufgerichteten Grenzen, die den lebendigen Volkskörper teilten. Dem Volk der Sowjetukraine und Sowjetbjelorußlands haben sich Millionen Brüder und Schwestern nach ihrer Befreiung vom sozialen und nationalen Joch für ewige Zeiten angeschlossen.

Die Ukrainer und die Bjelorussen wissen, daß nur der mächtige sozialistische Staat — die Sowjetunion —, gelenkt von der Kommunistischen Partei unter Leitung des großen und weisen Führers J. W. Stalin, die rechtmäßigen nationalen Bestrebungen der ihm angehörenden Völker verteidigen konnte und auch verteidigt hat, daß nur er diese Bestrebungen in die Wirklichkeit

umsetzen konnte und auch umgesetzt hat. Deshalb danken am Zehnjahrestag die Völker der Ukraine und Bjelorußlands so heiß und einmütig allen ihren sowjetischen Brudervölkern, in erster Reihe dem großen russischen Volk. Deshalb richten das ukrainische und das bjelorussische Volk an ihrem Festtag ihr erstes Wort heißer Liebe und Dankbarkeit an ihren Führer, Vater und Lehrer, den großen Stalin.

Nur der Staat, dessen Politik auf der siegreichen Lehre Lenins und Stalins fußt, kann den ihm angehörenden Völkern eine Vollkommenheit und Harmonie ihres nationalen Lebens gewährleisten, wie sie selbst die herrschenden Nationen der bürgerlichen Welt nicht gekannt haben, nicht kennen konnten und auch jetzt nicht kennen, von den unterdrückten Nationen natürlich ganz zu schweigen. Die neuen, sozialistischen Nationen der Sowjetunion, die von den unversöhnlichen Klassengegensätzen des Kapitalismus frei sind, entwickeln sich in unerschütterlicher Einheit. Der Triumph der geeinten ukrainischen und der geeinten bjelorussischen sozialistischen Nation ist ein weiterer Triumph der Lenin-Stalinschen Nationalitätenpolitik.

Dieser unser Triumph demonstriert der ganzen Welt die Vorzüge des sozialistischen Systems

gegenüber dem kapitalistischen. Verletzung der Souveränität der Völker, grausame nationale Versklavung, Kolonialunterdrückung, Blutbäder und verschiedenste Formen der Ausplünderung schwächerer Völker — mit diesen Methoden regiert der USA-Imperialismus über den vorläufig noch unter seiner Ferse ächzenden Teil der Welt. Die Veräter der westeuropäischen Völker, die bürgerlichen Politiker — von den Neofaschisten bis zu den rechten Sozialdemokraten — dienen beflissen ihren amerikanischen „Bossen“ in deren hirnverbranntem Streben nach der Weltherrschaft. Aber die süßlichen kosmopolitischen Predigten, die ihren Lügenmäulern im Überfluß entströmen, werden den bitteren Kern der imperialistischen Politik nicht versüßen können. Auch das hochtrabende Geschwätz einer solchen Agentur des Imperialismus, wie es die Nationalisten verschiedener Färbung und Fassung sind, kann ihn nicht verdecken. Zwischen ihnen und den Predigern des Kosmopolitismus besteht kein wesentlicher Unterschied.

Bemüht, Feindschaft zwischen den Völkern zu entfachen, suchen die Nationalisten den Volkswiderstand gegen die imperialistischen Pläne zu schwächen. Dies eben tut die faschistische Spionbande Titos nach Direktiven des amerikanischen Geheimdienstes.

Den Kniffen und Ränken der imperialistischen Räuber steht unerschütterlich das mächtige Lager des Sozialismus und der Demokratie gegenüber, an seiner Spitze die unbesiegbare Sowjetunion. Es zeigt allen Ländern der Welt, daß nur der Sozialismus den Völkern ein freies, glückliches Leben, daß nur er ihnen Brüderlichkeit, Gleichheit und Freundschaft, Gedeihen und Entwicklung ihres nationalen Staatswesens und ihrer Kultur garantiert. Ein markantes Beispiel hierfür sind die Erfolge des ukrainischen Volkes beim sozialistischen Aufbau in allen seinen vereinigten Gebieten — vom Nördlichen Donez bis zur Donau und Theiß. Die Sowjetukraine, ein unlösbarer Bestandteil der Sowjetunion, ist jetzt ihrem Ausmaß und ihrer wirtschaftlichen Macht nach einer der größten Staaten Europas, der in seiner gesellschaftlichen Entwicklung alle bürgerlichen Länder weit überholt hat.

Noch vor zweihundert Jahren war die Ukraine eine rückständige, hauptsächlich Ackerbau treibende Halbkolonie nicht nur des Zarismus, sondern auch des ausländischen Kapitals, das Raubbau mit den Naturschätzen seines unerschöpflichen Erdinneren trieb. Englische, französische und belgische Profitjäger plünderten die Boden-

schätze des Donezbeckens und des Beckens von Kriwoj Rog. Durch grausame Ausbeutung der ukrainischen Arbeiterklasse pumpften sie kolossale Profite heraus. Mehr als die Hälfte des ukrainischen Bodens gehörte russischen, ukrainischen und polnischen Gutsbesitzern. Ein Drittel aller Bauernwirtschaften der Ukraine hatte keinen eigenen Bodenbesitz.

Die Mehrheit der Bevölkerung konnte weder lesen noch schreiben. Überall war die ukrainische Sprache verboten. Die ukrainische Kultur war gehetzt und verfolgt.

Durch künstliche, gewaltsam aufgerichtete Grenzen war das ukrainische Volk zwischen dem Zarenreich und Österreich-Ungarn aufgeteilt. In Galizien gehörte der beste Boden polnischen und österreichischen Feudalherren, in der Bukowina rumänischen Bojaren, in der Karpaten-Ukraine ungarischen Magnaten.

Der Befreiungskampf des ukrainischen Volkes fand beim russischen Volk, bei den fortschrittlichen Kulturschaffenden Rußlands stets ungeteilte Unterstützung. Die Freundschaft und geistige Gemeinschaft des großen ukrainischen Dichters und Revolutionärs Taras Schewtschenko mit den großen russischen revolutionären Demokraten Tschernyschewski, Herzen und Dobroljubow war ein Symbol dieser gegenseitigen Hilfe und dieses gegenseitigen Verständnisses im gemeinsamen Befreiungskampf. Der hervorragende revolutionäre Schriftsteller der Westukraine, Iwan Franko, verknüpfte seine Hoffnungen auf eine Befreiung der Ukraine stets mit den Bestrebungen des freiheitliebenden russischen Volkes, mit dessen Kampf gegen die Unterdrücker.

Aber erst die Schaffung und Entwicklung der Partei der Arbeiterklasse, der Partei Lenins und Stalins, lenkte den nationalen Befreiungskampf des ukrainischen Volkes auf den Weg, der es, wie alle Völker unseres Landes, zum welthistorischen Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution führte.

„Durch Beschreiten des sowjetischen Weges hat das ukrainische Volk schließlich die Erfüllung seines jahrhundertalten Traums erreicht, indem es seinen nationalen ukrainischen Staat schuf und den Anfang zu einer neuen, wahrhaft ruhmreichen Epoche in seiner Geschichte machte. Somit ist unter dem Stern der Sowjetmacht ein echter volksverbundener, sozialistischer Staat — die Sowjetukraine — entstanden, der in die einträchtige Familie der Sowjetvölker eingegangen ist.“ (W. M. Molotow.)

Der ukrainische Sowjetstaat wurde geschaffen trotz des heftigen Widerstandes des Weltimperialismus, in erster Reihe des deutschen und des

englisch-amerikanischen, dem die Konterrevolutionäre im Lande selbst, die bürgerlichen ukrainischen Nationalisten, bei seinen Versuchen, der Sowjetukraine den Garaus zu machen, mit Feuereifer halfen.

Mit Hilfe des russischen Volkes und anderer Brudervölker, unter der Führung der Partei der Bolschewiki und des Genossen Stalin persönlich vertrieb das ukrainische Volk in schwerem Kampfe die Armeen der deutschen Okkupanten, der englisch-französischen und griechischen Interventen, die Banden Skoropadskis, Petljuras, Denikins und sonstiger Feinde von seinem Boden.

Ein mächtiges Bollwerk der eroberten Freiheit wurde für das ukrainische Volk, wie für alle Völker unseres Landes, die durch den Genius Lenins und Stalins im Jahre 1922 geschaffene Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Das 30-Millionen-Volk der Ukraine nahm begeistert den Aufbau seines sozialistischen Staates in Angriff, wobei es stets die brüderliche Hilfe des großen Rußland genoß, das für alle Zeiten das unerschütterliche Bündnis freier Völker geschmiedet hat.

Anders gestaltete sich in jenen Jahren das historische Geschick der Millionen Ukrainer und Bjelorussen, die die von ihrem großen Heimatland losgerissenen Gebiete bewohnten. Nach dem Zerfall des österreichisch-ungarischen Reiches wurden die ukrainischen Gebiete, die ihm früher angehört hatten, an die englischen, französischen und amerikanischen Imperialisten und ihre Vasallen vergeben. Das bojarische Rumänien erhielt die Bukowina, das Polen der Pans erhielt Galizien, die bürgerliche Tschechoslowakei die Karpaten-Ukraine. Mit unmittelbarer Hilfe der englisch-amerikanischen Machthaber bemächtigte sich das Schlachta-Polen Wolhyniens, das bojarische Rumänien Bessarabiens.

Im Jahre 1920 rissen die reaktionären Machthaber Polens mit Hilfe der ausländischen Imperialisten gewaltsam die westlichen Gebiete Bjelorußlands an sich.

Die Sowjetregierung hat diese räuberischen Annexionen nie anerkannt und stets danach gestrebt, den in bürgerlichen Staaten verbliebenen Ukrainern und Bjelorussen ihr Los nach Möglichkeit zu erleichtern. So bestand die Sowjetregierung in dem 1921 mit Polen abgeschlossenen Friedensvertrag auf einem Punkt, durch den die polnische Regierung verpflichtet wurde, den im damaligen Machtbereich der polnischen Regierung lebenden Ukrainern, Russen und Bjelorussen die Möglichkeit zu freiem Gebrauch der Muttersprache, zu freier Entwicklung ihrer nationalen Kultur zu gewähren. Dieser Punkt wurde von

der reaktionären Regierung Polens jedoch nicht eingehalten. Das bürgerliche Rumänien betrieb in Bessarabien und in der Nordbukowina eine äußerst grausame Politik der kolonialen Ausbeutung und der Zwangsrumänisierung. Ebenso solche Herrschaftsmethoden wurden auch von der tschechischen Reaktion in der Karpaten-Ukraine angewandt.

Aber die Flamme der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution erhellte die finstere Nacht, die in den von der Bourgeoisie besetzten westukrainischen und westbjelorussischen Landen herrschte. Terror, Repressalien und „Befriedungen“ konnten den Kampf der unterdrückten Ukrainer und Bjelorussen für ihre soziale und nationale Befreiung, für die Wiedervereinigung mit der Sowjetheimat nicht abwürgen. Im Jahre 1918 verkündeten die Ukrainer Galiziens und der Karpaten-Ukraine in zahlreichen Zusammenkünften, Volksversammlungen und Kundgebungen, daß sie unerschütterlich nach dem Eintritt in den ukrainischen Sowjetstaat streben. In den Jahren 1920 und 1921 flammten große Arbeiterstreiks auf. Nach den Arbeitern erhoben sich die Landarbeiter und die Bauern. An der Spitze der revolutionären Volksaktionen standen die Kommunisten. Aufstände in Hotin (1919) und Tatar Bunar (1924) versetzten die rumänischen Okkupanten in helle Aufregung. Nicht minder erschreckt waren die polnischen Kolonisatoren durch den Aufstand der arbeitslosen Proletarier von Lwow, die Barrikaden errichteten (1933). Durch Blutbäder suchte die polnische und die rumänische Reaktion die Befreiungsbewegung zunichte zu machen. Dabei halfen ihr die ukrainischen bürgerlich-nationalistischen Parteien und anderen Organisationen durch ihre ganze verräterische Betätigung.

Ein Quell größter Begeisterung und ein Rückhalt für die Werktätigen der Westukraine, Westbjelorußlands, Bessarabiens und der Bukowina in ihrem Kampf waren die Erfolge des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion, die stürmische Entwicklung und das Aufblühen der Sowjetukraine und Sowjetbjelorußlands.

In kurzer Zeit verwandelte sich die Ukraine aus einem politisch, wirtschaftlich und kulturell rückständigen Randgebiet in eine vorgeschrittene Republik der Sowjetunion. Sie erfüllte die Stalinschen Fünfjahrpläne und wurde dadurch zu einem machtvollen Industrieland. Im zweiten Planjahr fünf wuchs die Herstellung von Industrieerzeugnissen in der Ukraine, gemessen an der Produktion der Zarenzeit, auf das 11fache, darunter die Produktion des Maschinenbaus auf das 50fache, die der metallarbeitenden Industrie auf das 34fache. Die Arbeiterklasse der Ukraine hat Vorbildliches an freier sozialistischer Arbeit geleistet.

In der Ukraine entstand die ruhmreiche Stachanowbewegung.

Die in dem großen Beginnen der Kollektivisierung der Landwirtschaft erzielten Erfolge haben die Ukraine zu einer Republik der großzügigsten Landwirtschaft der Welt, zu einer Republik der fortschrittlichen sozialistischen Landwirtschaft gemacht. Im Jahre 1940 arbeiteten auf den Feldern der Ukraine 90 000 Traktoren und 31 000 Mähdrescher. Die Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter der Ukraine produzierten im gleichen Jahr 28 Millionen Tonnen Getreide, d. h. um 8 Millionen Tonnen mehr als 1913; an Zuckerrüben produzierten sie rund 15 Millionen Tonnen (um 6 Millionen Tonnen mehr als 1913). Der Kollektivbauernschaft wurde ein Leben in Wohlstand und Reichtum gesichert.

In den fast 30 000 Schulen der Ukraine wurden mehr als 6 Millionen Kinder in ihrer Muttersprache unterrichtet; 166 Hochschulen wurden von 127 600 Studenten — fast achtmal so viel wie 1913 — besucht.

Stürmisch entfaltete sich die ukrainische Sowjetkultur. In den Instituten der Akademie der Wissenschaften und verschiedener Behörden arbeiteten mehr als 6000 Wissenschaftler. Die Werke ukrainischer Sowjetschriftsteller erfreuten sich verdienter Beliebtheit nicht nur bei der ukrainischen Leserschaft, sondern auch bei den Lesern der ganzen übrigen Sowjetunion. Die ukrainische Bühnenkunst und Musik sowie der ukrainische Film gelangten zur Blüte.

Das ukrainische Volk und die Sowjetregierung haben nie ihre in den losgerissenen ukrainischen Gebieten lebenden Brüder vergessen. Auf dem XVI. Parteitag der KPdSU(B) sagte J. W. Stalin:

„Es gibt eine Ukraine im Bestande der Sowjetunion. Es gibt aber noch eine andere Ukraine im Bestande anderer Staaten.“

Die Worte des Genossen Stalin verkündeten den unter dem Joch der Okkupation schmachenden Millionen Ukrainern, daß ihr großes Heimatland, die mächtige Sowjetunion, sich um ihr Geschick sorgt.

Großartige Erfolge in der Entwicklung der Industrie, der Landwirtschaft, der Volksbildung und der Kunst haben die Werktätigen Sowjetbjelorußlands erzielt. Bis 1940 stieg die Bruttoproduktion der Industrie der Bjelorussischen Republik, verglichen mit 1913, auf das 23fache, die Stromerzeugung auf das 109fache. Allein im zweiten Planjahrhundert wurden in Bjelorußland mehr als 1700 neue Betriebe gebaut, die nach der modernsten Technik ausgestattet wurden. Im Jahre 1940 arbeiteten auf den Feldern der Kollektivwirtschaften und der Sowjetgüter 9720 Traktoren,

1592 Mähdrescher, 3209 Sämaschinen mit Traktorenantrieb, 2300 komplizierte Dreschmaschinen und Tausende anderer Maschinen, die den Bauern ihre Arbeit erleichterten und die Ertragsfähigkeit der Felder bedeutend steigerten. Gab es 1914 in Bjelorußland 4100 Schulen und keine einzige Hochschule, so gab es 1940 mehr als 13 000 Schulen sowie 36 Hochschulen mit 16 000 Studenten.

Das Jahr 1939 brach an. Der Überfall der hitlerfaschistischen Truppen auf Polen und der Verrat der damaligen polnischen Regierung setzten das polnische Volk den unglaublichen Qualen der hitlerfaschistischen Okkupation aus. Schon waren die deutschen Truppen auch in Gebiete einmarschiert, die von Ukrainern bewohnt waren, und näherten sich der Grenze der Sowjetunion. Der Gefahr, in der die Völker der Westukraine und Westbjelorußlands schwebten, konnte die Sowjetregierung nicht ohne Anteilnahme gegenüberstehen. In diesem entscheidenden Augenblick machte sie das Recht des ukrainischen und des bjelorussischen Volkes auf Wiedervereinigung aller ukrainischen und bjelorussischen Gebiete geltend.

Am 17. September 1939 überschritten auf Befehl der Regierung die Sowjettruppen die Grenze, um Leben und Eigentum der Bevölkerung der westukrainischen und westbjelorussischen Gebiete zu schützen. Am gleichen Tag erklärte W. M. Molotow im Rundfunk:

„Die Sowjetregierung hält es für ihre heilige Pflicht, ihren Brüdern, den Ukrainern, und ihren Brüdern, den Bjelorussen, die in Polen leben, hilfreich die Hand zu reichen.“

Begeistert und jubelnd empfing die Bevölkerung der westukrainischen und westbjelorussischen Gebiete die Sowjetarmee, ihre Befreierin und Schützerin.

Überall wurden Organe der Volksmacht geschaffen. Im Oktober 1939 fanden Wahlen zur Volksversammlung der Westukraine statt. An den Wahlen, die unter außerordentlicher Begeisterung und mit großem Elan verliefen, nahmen 92,83 Prozent der Stimmberechtigten teil. Die Volksversammlung nahm am 27. Oktober in der alten ukrainischen Stadt Lwow eine Deklaration über die Aufrichtung der Sowjetmacht auf dem gesamten Gebiet der Westukraine, über die Einziehung der Gutsländereien sowie über die Nationalisierung der Banken und der Großindustrie an. Im Namen des befreiten Volkes ersuchte die Volksversammlung den Obersten Sowjet der Sowjetunion um

„Aufnahme der Westukraine in die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Eingliederung

der Westukraine in die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik zwecks Zusammenschlusses des ukrainischen Volkes in einem einheitlichen Staat, Aufhebung der jahrhundertalten Teilung des ukrainischen Volkes“.

Die Bitte um Aufnahme in die Sowjetunion und Eingliederung in die Bjelorussische Sozialistische Sowjetrepublik richtete am 29. Oktober 1939 auch die Volksversammlung Westbjelorußlands an den Obersten Sowjet der Sowjetunion.

Der Oberste Sowjet der Sowjetunion gewährte am 1. November 1939 das Ansuchen der Volksversammlung der Westukraine und am 2. November 1939 das der Volksversammlung Westbjelorußlands. Diese Tage sind für das gesamte ukrainische und bjelorussische Volk zu Festtagen geworden. An diesen Tagen haben sich ihre jahrhundertalten Träume von einer Wiedervereinigung erfüllt. Dieses Ereignis war ein neuer Triumph der Lenin-Stalinschen Nationalitätenpolitik, ein Sieg der Außenpolitik der Sowjetunion.

Am 26. Juni 1940 machte die Sowjetregierung das Recht des ukrainischen Volkes auf die Nordbukowina und das Recht des moldauischen Volkes auf Bessarabien, das das Rumänien der Bojaren an sich gerissen hatte, geltend. Kraft einer Vereinbarung zwischen der Sowjetunion und Rumänien wurden Bessarabien und die Nordbukowina in die Moldauische und die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik aufgenommen.

Das ganze Sowjetland gewährte den befreiten Gebieten seinen Beistand, es half ihnen, möglichst rasch die politische, wirtschaftliche und kulturelle Rückständigkeit zu überwinden, zu der sie unter der Macht der polnischen und der rumänischen Gutsbesitzer und Kapitalisten verurteilt gewesen waren. Gestützt auf die Macht der vom Sowjetvolk in den Planjahr fünfzig geschaffenen sozialistischen Industrie, auf die Erfahrungen im kollektivwirtschaftlichen Aufbau, auf die Errungenschaften der ukrainischen Sowjetkultur, gingen die Westgebiete der Ukraine auf dem Wege des sozialistischen Aufbaus rasch voran. Sämtliche Industrieobjekte wurden in Betrieb gesetzt, der Achtstundentag wurde eingeführt und die Arbeitslosigkeit beseitigt. Die Bauern erhielten den konfiszierten Boden der Gutsbesitzer — mehr als 1 300 000 Hektar. Anderthalb Millionen Kinder wurden eingeschult, um zum erstenmal in der ukrainischen Muttersprache unterrichtet zu werden. Bibliotheken, Klubs, Theater wurden eröffnet, ukrainische Zeitungen kamen heraus.

Die Sowjetmacht übergab den Arm- und Mittelbauern in Westbjelorußland mehr als eine Million Hektar Land, das Gutsbesitzern und Großbauern gehört hatte. Vierhunderttausend Arbeitslose erhielten in den Betrieben und Ämtern Sowjetbjelo-

rußlands Beschäftigung. Dutzende neuer Betriebe wurden in den Städten Grodno, Lida, Baranowitschi und Pinsk gebaut. Innerhalb von 7 Monaten wurde der 202 km lange Dnjepr-Bug-Kanal gestochen, den die reaktionären Machthaber Polens in 20 Jahren nicht anzulegen imstande gewesen waren. Siebenhundertachtzigtausend Kinder traten in die Schule ein, wo der Unterricht in der Muttersprache organisiert wurde. Im ersten Jahr der Sowjetmacht wurden in den Westgebieten Bjelorußlands, wo unter den Okkupanten keine einzige Hochschule und kein einziges Theater bestanden hatte, vier Institute, acht pädagogische Lehranstalten, fünf Theater und hundert Lichtspielhäuser geschaffen.

Der wortbrüchige Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion unterbrach die friedliche Arbeit des Sowjetvolkes. Das ganze Gebiet der Sowjetukraine und Sowjetbjelorußlands wurde zeitweilig von den faschistischen Landräubern besetzt. Dank der opferwilligen Hilfe des russischen Volkes und der anderen Völker des Sowjetlandes, dank der von dem genialen Strategen, dem großen Stalin geführten siegreichen Sowjetarmee wurde das ukrainische und das bjelorussische Volk aus der Todesgefahr errettet.

„Ohne die Freundschaft des russischen und des ukrainischen Volkes, ohne die große Sowjetunion hätte die Ukraine sich nicht vom hitlerfaschistischen Joch befreien können“ —

diese Worte des Führers der ukrainischen Bolschewiki, N. S. Chruschtschow, drücken die Gedanken des ganzen ukrainischen Volkes aus.

Am 14. Oktober 1944 war die ganze Sowjetukraine von den hitlerfaschistischen Landräubern befreit. Bald danach sprachen sich die durch die Sowjetarmee befreiten Werktätigen der Karpaten-Ukraine auf dem ersten Kongreß ihrer Volkskomitees einmütig für die Wiedervereinigung mit der Sowjetukraine aus. Die Regierung der neuen, demokratischen Tschechoslowakei zeigte volles Verständnis für die historische Berechtigung des Strebens der Karpaten-Ukraine und unterzeichnete gemeinsam mit der Regierung der Sowjetunion am 29. Juni 1945 einen Vertrag über die Wiedervereinigung der Karpaten-Ukraine mit der Ukrainischen SSR. So wurde der Prozeß der Wiedervereinigung aller ukrainischen Lande in einem einzigen ukrainischen Staat zu Ende geführt.

Der Sieg des Sowjetvolkes im Großen Vaterländischen Krieg führte zu einer weiteren Stärkung der Sowjetukraine und Sowjetbjelorußlands, zu bedeutenden Veränderungen in ihrer internationalen Stellung. Sie bahnten feste Freundschaftsbeziehungen zu den Nachbarstaaten, den Ländern der Volksdemokratie, an. Das ukrainische und

das bjelorussische Volk bringen dem polnischen, dem tschechoslowakischen, dem rumänischen und dem ungarischen Volk ein Gefühl echter brüderlicher Freundschaft und Liebe entgegen und freuen sich mit ihnen über ihre wunderbaren Erfolge auf dem Weg zum Sozialismus.

In der internationalen Arena treten die Sowjetukraine und Sowjetbjelorußland konsequent als Schützer des Friedens auf, indem sie die hinterhältigen Ränke der Brandstifter eines neuen Krieges enthüllen. Gemeinsam mit allen übrigen Völkern der Sowjetunion lassen das ukrainische und das bjelorussische Volk kein Auge von den Ränken der englisch-amerikanischen Imperialisten und unterstützen leidenschaftlich den Kampf der ganzen fortschrittlichen Menschheit gegen die düsteren Kräfte der Reaktion.

Es wächst die Macht der Sowjetunion und mit ihr die Macht der Sowjetukraine und Sowjetbjelorußlands. In allen Gebieten ist eine umfangreiche Aufbauarbeit in vollem Gange. Das großartige Programm des kommunistischen Aufbaus, das J. W. Stalin in seiner Rede vom 9. Februar 1946 umrissen hat, begeistert das Volk zu neuen Arbeitsgroßtaten.

Die industrielle Macht der Sowjetukraine und Sowjetbjelorußlands wird nicht nur mit Erfolg wiederhergestellt, sondern sie erstarkt noch mehr. Die Landwirtschaft erstelt zu neuem Leben und geht rasch bergan. In den Ostgebieten der Ukraine ist die Anbaufläche für Getreide bereits um drei Prozent größer als vor dem Kriege. Die Ertragsfähigkeit wächst, die Viehzucht wird wiederhergestellt. Die Einkünfte der Kollektivwirtschaften und der Kollektivbauern steigen.

Es gedeiht die sozialistische ukrainische und bjelorussische Kultur. Jetzt gibt es bedeutend mehr Schulen als vor dem Kriege. Es bestehen mehr Klubs, Bibliotheken, Kulturpaläste und Kulturhäuser. Neue Schaffenskräfte, neue Werke bereichern die ukrainische und die bjelorussische sowjetische Literatur, Malerei, Musik, Bühnen- und Filmkunst.

Die weise Stalinsche Nationalitätenpolitik hat in der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der jungen ukrainischen Westgebiete große Erfolge gewährleistet. Ihre Industrie wächst, ihre Ausbeute an Erdöl, Erdgas und Kohle

nimmt zu. Das alte Lwow wird zu einem großen Industriezentrum. Schon jetzt sind dort eine Reihe neuer Fabriken und Werke in Betrieb: eine Fabrik für Fernsprech- und Telegraphenapparate, ein Glühlampenwerk, ein Fahrradwerk usw. Nach dem Kriege sind in den Westgebieten mehr als 2500 große und mittlere Betriebe wiederhergestellt oder neugebaut worden. Im jüngsten Gebiet der Sowjetukraine, in der Karpaten-Ukraine, wurden innerhalb von drei Jahren 116 Fabriken und Werke in Betrieb gesetzt. Es gibt dort jetzt sechsmal soviel Betriebe wie früher, die Zahl der Arbeiter hat sich versiebenfacht.

Die Bauern der Westgebiete haben sich in der Praxis von der Überlegenheit des kollektivwirtschaftlichen Systems überzeugt. Mehr als 55 Prozent aller Bauernwirtschaften der jungen Gebiete der Ukraine haben sich in Kollektiven zusammengeschlossen; 232 Maschinen- und Traktorenstationen mit einem großen, ununterbrochen anwachsenden Bestand an Traktoren und anderen landwirtschaftlichen Maschinen sind eingerichtet worden. In den Schulen, wo mehr als 1 Million Kinder in ihrer Muttersprache unterrichtet werden, sind 45 000 Lehrer tätig. Drei Universitäten und 22 andere Hochschulen werden von rund 20 000 Studenten besucht. Neue Sowjetintellektuelle, Kinder von Arbeitern und Bauern der Westgebiete, werden herangebildet. Ihre geistige Entwicklung steht in unlösbarem Zusammenhang mit der Bekämpfung der Überreste der bürgerlichen Ideologie, des Nationalismus und Kosmopolitismus, mit der Bekämpfung der sklavischen Anbetung der in Zersetzung übergegangenen bürgerlichen Kultur.

Die Werktätigen der Ukraine und Bjelorußlands gehen fest und unbeirrt den Weg des kommunistischen Aufbaus. Es gibt auf der Welt keine Macht, die sie von diesem Wege abbringen könnte. Geführt von der Kommunistischen Partei der Bolschewiki, kämpfen sie mit dem ganzen großen Sowjetvolk für baldigste Erfüllung der erhabenen Aufgaben des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft in unserem Lande, der Aufgaben, die der geniale Stalin umrissen hat, der Aufgaben, die unter Stalins Führung erfüllt werden.

Kiew, im Oktober 1949.

Der Feldzug des englisch-amerikanischen Blocks gegen die Prinzipien der UNO

N. JEWGENJEW

VIER JAHRE sind vergangen seit dem Tag (dem 24. Oktober 1945), an dem die Satzung der Organisation der Vereinten Nationen in Kraft trat.

Die Idee der Schaffung einer neuen internationalen Organisation zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit ging von der Sowjetunion aus. Schon 1944 sprach J. W. Stalin den Gedanken aus, daß es notwendig sei, „eine spezielle Organisation zum Schutz des Friedens und zur Gewährleistung der Sicherheit aus Vertretern der friedliebenden Nationen zu schaffen“. Die Satzung der UNO, an deren Ausarbeitung die Sowjetunion tätigen Anteil nahm, beruht auf Prinzipien, die unter den heutigen Verhältnissen den Zwecken einer friedlichen demokratischen Zusammenarbeit der Völker entsprechen.

Die vier Jahre seit Inkrafttreten der Satzung haben mit aller Offenkundigkeit gezeigt, daß ein Erfolg in der Tätigkeit der UNO unmittelbar von der Außenpolitik der Großmächte abhängt, die laut Satzung die Hauptverantwortung für die Wahrung des Friedens tragen. Den beiden Richtungen in der internationalen Politik, die sich in der Nachkriegszeit ausgeprägt haben, entsprechen auch zwei verschiedene Einstellungen zur UNO.

Die eine Richtung kommt in dem Bestreben der amerikanischen Monopolherren nach gewaltsamer Aufrichtung ihrer Weltherrschaft, in der Politik der Aggression und der Vorbereitung eines neuen Krieges zum Ausdruck. Die Bestimmungen der Satzung sind zum Hindernis für die aggressiven Bestrebungen des englisch-amerikanischen Blocks geworden, der die Politik der Zusammenarbeit aufgegeben und Kurs auf eine Umwandlung der internationalen Organisation in ein Werkzeug zur Ausführung seiner abenteuerlichen Absichten genommen hat. Der Feldzug des englisch-amerikanischen Blocks gegen die Prinzipien der UNO selbst als auch außerhalb geführt — durch Zimmerung aller möglichen wirtschaftlichen und militärisch-politischen Bündnisse, die den Zielen und der Satzung der UNO zuwiderlaufen.

Die andere Richtung ist die Politik der Freundschaft, der Zusammenarbeit und des Friedens zwischen den Völkern; eine Politik, die von den Staaten des von der Sowjetunion geführten demokratischen, antiimperialistischen Lagers betrieben wird. Die Staaten dieses Lagers kommen peinlich genau den Forderungen der UNO-Satzung sowie allen anderen internationalen Verpflichtungen nach, sie streben unermüdlich die Erhaltung dieser Organisation sowie die Erreichung ihrer demokratischen Ziele und Prinzipien an und verteidigen die Autorität der UNO gegen die Wühlaktionen der Feinde einer ehrlichen internationalen Zusammenarbeit.

* * *

Eins der Hauptprinzipien, die der Struktur und der Tätigkeit der UNO zugrunde liegen, ist das Prinzip der souveränen Gleichberechtigung aller ihr angehörenden Staaten. J. W. Stalin sagte:

„Wenn die Organisation der Vereinten Nationen vermag, auch fürderhin das Prinzip der Gleichberechtigung zu wahren, so wird sie unbedingt eine große positive Rolle in der Sache der Gewährleistung des allgemeinen Friedens und der Sicherheit spielen.“

Laut Satzung besteht eins der Grundziele der UNO darin, „freundschaftliche Beziehungen zwischen den Nationen auf der Basis der Achtung vor dem Prinzip der Gleichberechtigung und der Selbstbestimmung der Völker zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des allgemeinen Friedens zu treffen“ (Artikel 1, Punkt 2 der Satzung). In Artikel 2 heißt es: „Die Organisation beruht auf dem Grundsatz der uneingeschränkten Gleichberechtigung aller ihrer Mitglieder.“ Es ist ganz klar, daß das in der Satzung verkündete Prinzip der uneingeschränkten Gleichberechtigung der Staaten unvereinbar ist mit der Politik des englisch-amerikanischen Blocks, die auf eine Versklavung anderer Völker zwecks Aufrichtung einer Weltherrschaft der Wall Street abzielt. Die regierenden Kreise der USA und Englands verstoßen gegen dieses Prinzip und bekämpfen es.

Die Hauptform dieses Kampfes besteht in der Ablehnung der Souveränität, des unabhängigen Bestandes einzelner Staaten. In der Außenpolitik der USA und Englands hat dieser Kurs in der Trumandoktrin, im Marshallplan, in einem ganzen System knechtender und ungleicher Verträge, im Abschluß des aggressiven Nordatlantikpakts seine Verkörperung gefunden, dieses Vertrags, laut welchem seine Teilnehmer, selbstverständlich mit Ausnahme der USA, faktisch ihrer Souveränität beraubt werden. Dem gleichen Ziel dienen die demagogischen amerikanischen Forderungen nach „gleichen Möglichkeiten“, nach „Handelsfreiheit“, nach „Freiheit der Meere“, „Freiheit der Flüsse“ usw. Der Sinn aller dieser Forderungen läuft darauf hinaus, daß die USA als der wirtschaftlich, technisch und militärisch stärkste kapitalistische Staat sich weniger starke und durch den Krieg geschwächte kapitalistische Länder unterordnen, indem sie sie zu ihren Klienten machen und zwingen, im Fahrwasser der Politik des Staatsdepartements zu treiben. In der Praxis der UNO drückt sich diese Abhängigkeit in der Unterordnung einer Reihe von Delegationen unter amerikanisches Diktat aus. Daher auch das Entstehen der berüchtigten „Abstimmungsmaschine“.

Andererseits bildet die Gleichberechtigung der großen und kleinen Staaten einen der Hauptgrundsätze in der Außenpolitik der Sowjetunion. Dies ergibt sich naturgemäß aus dem Prinzip der Selbstbestimmung der Völker, in dem die Nationalitätenpolitik des Sowjetstaates wurzelt.

Die Sowjetunion setzt sich aktiv für das Prinzip der souveränen Gleichberechtigung der Staaten in der UNO ein, denn, wie J. W. Stalin ausführte, „die Stärke dieser internationalen Organisation besteht darin, daß sie auf dem Prinzip der Gleichberechtigung der Staaten, nicht aber auf dem Prinzip der Herrschaft der einen über die anderen beruht“.

Das Prinzip der souveränen Gleichberechtigung der Staaten steht in engem Zusammenhang mit einem anderen Grundprinzip der Satzung — dem Prinzip der Einmütigkeit der Großmächte. Die Beschlüsse des Sicherheitsrates, der laut Satzung „die Hauptverantwortung für die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit“ trägt, sind in allen Fragen, außer denen des Verfahrens, rechtskräftig, wenn sieben seiner Mitglieder ihre Stimmen dafür abgeben, einschließlich der Zustimmung aller ständigen Mitglieder des Rates (Artikel 27, Punkt 3 der Satzung). Insofern die Großmächte die Hauptverantwortung für den künftigen Frieden übernommen haben, sind sie kraft ihres spezifischen Gewichts berechtigt, die Annahme eines Beschlusses zu unterbinden, der ihnen vom Standpunkt des

Friedensschutzes als unerwünscht erscheint. Die Zusammenarbeit zwischen den Großmächten auf Grundlage der Gleichberechtigung ist unerläßliche Voraussetzung für die Dauerhaftigkeit des Weltfriedens.

Schon während des Krieges sagte J. W. Stalin, und er hatte dabei die zukünftige internationale Sicherheitsorganisation im Auge:

„Ist darauf zu rechnen, daß das Vorgehen dieser internationalen Organisation hinreichend wirksam sein wird? Es wird wirksam sein, wenn die Großmächte, auf deren Schultern die Hauptlast des Krieges gegen Hitlerdeutschland geruht hat, auch weiterhin im Geiste der Einmütigkeit und des Einvernehmens vorgehen werden. Es wird unwirksam sein, wenn diese notwendige Voraussetzung beeinträchtigt wird.“

Von den ersten Schritten der UNO an war das Prinzip der Einmütigkeit zwischen den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats Gegenstand wütender Anwürfe von Seiten der Vertreter des englisch-amerikanischen Blocks, die dieses Prinzip „unerträgliches Veto“, „verdammtes Veto“ usw. taufen. Schon auf der ersten Tagung der UNO-Vollversammlung beantragten die Satelliten der USA eine Revision der Satzung hinsichtlich des Einmütigkeitsprinzips. Dieser direkte Angriff auf die Grundlage der UNO wurde dank der Bemühungen der Sowjetdelegation mit Unterstützung einer Reihe anderer Delegationen abgelehnt. Auf der zweiten Tagung der Vollversammlung wurde ein Umgehungsmanöver unternommen. Diesmal brachte die USA-Delegation offen, ohne erst Strohmänner vorzuschieben, den Antrag ein, einen als „Hilfsorgan“ zur „Prüfung, Untersuchung und Erörterung“ verschiedener Probleme zwischen den Tagungen der Vollversammlung aufgemachten sogenannten „intersessionellen Ausschuß“ zu bilden, und gedachte den Ausschuß u. a. mit der Funktion auszustatten, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit betreffende Fragen zu behandeln. Es versteht sich von selbst, daß das Prinzip der Einmütigkeit der Großmächte in diesem Ausschuß nicht vorgesehen war. Es lag also ein Versuch vor, den Sicherheitsrat durch den intersessionellen Ausschuß zu ersetzen, wo die Angelegenheiten mit Hilfe einer mechanischen Mehrheit entschieden werden sollten. Die USA-Delegation setzte die „Abstimmungsmaschine“ in Gang und konnte mit ihrer Hilfe eine Resolution über die Schaffung des intersessionellen Ausschusses, allerdings in etwas gestutzter Form, durchbringen. Er erwies sich jedoch als totgeborenes Kind, da die Sowjetunion und eine Reihe anderer Staaten es ablehnten, sich an einem Organ zu beteiligen, dessen Gründung

der UNO-Satzung offenkundig zuwiderläuft. Nichtsdestoweniger beschloß die Mehrheit des Politischen Sonderausschusses der Vollversammlung am 19. Oktober unter dem Druck der USA-Vertreter, der Vollversammlung vorzuschlagen, daß sie den intersessionellen Ausschuß auf unbegrenzte Frist fortbestehen läßt.

Obwohl alle Versuche, den Sicherheitsrat zu unterwühlen, mißglückt sind, wird der Feldzug gegen das Einmütigkeitsprinzip bis auf den heutigen Tag nicht eingestellt. Immer wieder kommen Anträge über eine „Liberalisierung des Vetorechts“, über eine „Amputation des Vetorechts“ u. a. m. aufs Tapet.

Die amerikanischen Politiker haben ein sehr kurzes Gedächtnis für Verpflichtungen, die ihre Regierung übernimmt. Die Regel der Einmütigkeit, die in der Krim von den Führern der drei Staaten gutgeheißen wurde, war von der USA-Regierung schon am 5. Dezember 1944 in den Vorschlägen formuliert worden, die der Präsident der Vereinigten Staaten den Regierungschefs der Sowjetunion und Englands unterbreitete. In dem Dokument über das Abstimmungsverfahren im Sicherheitsrat, das die USA-Delegation in der Krim vorlegte, wurde darauf hingewiesen, daß die USA in der Frage des Abstimmungsverfahrens für sich zwei wichtige Elemente erblicken, deren „erstes darin besteht, daß zur Wahrung des Weltfriedens Einmütigkeit unter den ständigen Mitgliedern erforderlich ist.“

Die Regierung der Vereinigten Staaten verstößt gegen ein völkerrechtliches Grundprinzip, wonach Einhaltung von Verträgen erforderlich ist. Einen Verstoß gegen dieses Prinzip hat sogar ein amerikanischer Politiker, der USA-Delegierte auf der 2. Tagung der UNO-Vollversammlung, John Foster Dulles, in seinem Aktionsprogramm proklamiert. Er erklärte bekanntlich: „Wir werden keinen Rückzug zum System von Teheran, Jalta und Potsdam antreten.“

Die Vertreter der Sowjetunion im Sicherheitsrat machen ihr Recht, die Annahme von Beschlüssen abzuwenden, die sich gegen die Sache des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit richten, stets im Einklang mit den Zielen und Prinzipien der UNO-Satzung sowie stets im Einklang mit den Interessen der Völker und der Sache des Friedens geltend. Die Art und Weise, wie die amerikanischen und die englischen Vertreter das Vetorecht anwenden, zeugt hingegen davon, daß sie im Sicherheitsrat die Annahme solcher Vorschläge vereiteln, die auf Erfüllung der in der UNO-Satzung vorgesehenen Aufgaben zum Schutz der internationalen Sicherheit abzielen. Als Beispiel sei daran erinnert, daß das Veto des englisch-amerikanischen Blocks sich

gegen die Sowjetvorschläge richtete, deren Ziel es war, die aus der Sachlage in Spanien, Syrien und im Libanon, in Indonesien, Palästina, Griechenland und Ägypten entstehende Gefahr für den Frieden abzuwenden.

Die Sowjetunion strebt konsequent danach, die Autorität der UNO zu festigen, indem sie für Wahrung der Prinzipien der Gleichberechtigung souveräner Staaten und der Einmütigkeit der Großmächte eintritt, der Prinzipien, ohne die es unmöglich ist, eine Wirksamkeit der von der UNO getroffenen Maßnahmen zu gewährleisten.

* * *

Kürzlich unternahmen die USA wiederum ein Manöver gegen die Prinzipien der UNO, wobei sie die Wahl der nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrats ausnutzten. Laut Satzung werden die nichtständigen Mitglieder des Rates auf zwei Jahre gewählt. Jedes Jahr wählt die Vollversammlung drei neue solche Mitglieder des Sicherheitsrats. Laut Artikel 23 der Satzung und laut der zur Tradition gewordenen Gepflogenheit hielt sich die Vollversammlung hierbei an zwei Prinzipien: an das Prinzip der gerechten geographischen Verteilung der Sitze und an das Prinzip der Aufstellung neuer Kandidaten nach Vereinbarung zwischen den Ländern, die in den betreffenden geographischen Gebieten liegen. An Stelle der in diesem Jahr aus dem Sicherheitsrat ausscheidenden Ukraine schlugen die osteuropäischen Staaten die Tschechoslowakei vor.

Infolge einer Geheimabmachung mit Vertretern der Titoclique und mit Delegierten einer Reihe anderer Länder schleppte die amerikanische Delegation Jugoslawien in den Sicherheitsrat ein, ein Land, dessen Regierung sich feindselig zu den übrigen osteuropäischen Staaten verhält, völlig von der Politik der USA abhängig ist und infolgedessen die Interessen der Länder eines bestimmten geographischen Gebiets weder vertreten kann noch wird.

Es liegt auf der Hand, daß die Anwesenheit von Titobeamten im Sicherheitsrat, wo sie niemand als sich selbst und ihre Brotherren aus dem Staatsdepartement vertreten, provokatorischen Charakter hat und nicht zur erfolgreichen Arbeit des Sicherheitsrats beitragen wird.

Der Leiter der sowjetischen Delegation in der Vollversammlung, A. J. Wyschinski, führte am 18. Oktober auf einer Pressekonferenz aus:

„Die Wahl der nichtständigen Mitglieder wird bei dieser gröblichen Verletzung der Satzung und der eingebürgerten Traditionen weder als gesetzmäßig noch als gerecht anerkannt werden können... Die Sowjetunion hat Verstöße

gegen die Satzung nie stillschweigend hingenommen und wird es auch künftig nie tun, besonders nicht solche, die die eigentlichen Grundfesten der UNO untergraben."

Unter solchen Umständen ist es klar, daß Jugoslawien als Vertreter der Länder Osteuropas im Sicherheitsrat weder angesehen werden kann noch angesehen werden wird. Die Wahl Jugoslawiens ist wieder einmal ein gröblicher Verstoß gegen die UNO-Satzung und untergräbt die Grundfesten der internationalen Zusammenarbeit.

* * *

Aus den Prinzipien der souveränen Gleichberechtigung ergibt sich auch ein anderes wichtiges Prinzip der Satzung: die Unzulässigkeit der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. In Artikel 2, Punkt 7 der Satzung heißt es:

„Diese Satzung gibt den Vereinten Nationen kein Recht der Einmischung in Angelegenheiten, die ihrem Wesen nach zum Kompetenzbereich jedes einzelnen Staates gehören, noch verlangt sie von den Mitgliedern der Vereinten Nationen, solche Angelegenheiten im Rahmen der vorliegenden Satzung zur Erledigung einzubringen.“

Auch dieses Prinzip läßt den englisch-amerikanischen Kriegsbrandstiftern keine Ruhe. Sie suchen die UNO zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten auszunutzen und sie zu einem Werkzeug ihrer expansionistischen Ziele zu machen. Zu diesem Zweck hat der englisch-amerikanische Block mit Hilfe der Mehrheit, über die er in der Vollversammlung verfügt, spezielle Organe geschaffen, deren Existenz allein schon einen unerhörten Verstoß gegen die Satzung darstellt. Da ist die Balkankommission, die zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten Albaniens und Bulgariens gebildet wurde, und die Koreakommission, die geschaffen wurde, um den Zusammenschluß des koreanischen Volkes in einem einheitlichen Staat zu verhindern und das ungesetzliche Verbleiben amerikanischer Truppen auf südkoreanischem Territorium zu rechtfertigen. Auf der jetzt stattfindenden 4. Tagung der Vollversammlung sucht der englisch-amerikanische Block den Internationalen Gerichtshof zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten Bulgariens, Ungarns und Rumäniens auszunutzen. Diese Staaten werden lügnerisch beschuldigt, in puncto Gewährleistung der grundlegenden Freiheiten und Menschenrechte gegen die Friedensverträge zu verstoßen. Wie unsinnig diese

Anschuldigung ist, hat der Leiter der Sowjetdelegation, A. J. Wyschinski, in seiner Rede einwandfrei bewiesen.

Die gesamte Politik des englisch-amerikanischen Blocks, die im Grunde darauf abzielt, die UNO zu einem Hilfsorgan der Kriegsbrandstifter zu machen, widerspricht von Grund auf der in der Satzung verlangten Gewissenhaftigkeit bei der Erfüllung der von den UNO-Mitgliedern übernommenen Verpflichtungen.

Besondere Bedeutung im Kampfe gegen die Kriegsbrandstifter kommt dem in der Satzung vorgesehenen Verfahren bei der Beilegung internationaler Streitigkeiten zu, die

„mit friedlichen Mitteln und auf solche Weise beizulegen sind, daß der internationale Frieden, die Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden“.

In der Satzung wird es als unzulässig anerkannt, in internationalen Angelegenheiten

„mit Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit jedes beliebigen Staates oder aber auf andere, mit den Zielen der UNO nicht zu vereinbarende Weise vorzugehen“.

In völligem Einklang mit diesem Satzungsprinzip hat die Sowjetdelegation auf der 4. Tagung der Vollversammlung vom 23. September im Auftrage der Sowjetregierung Verurteilung der Vorbereitung eines neuen Krieges, Verbot der Atomwaffe und Abschluß eines Fünfmächtepakts bezüglich Festigung des Friedens beantragt.

Diese Anträge haben ernste Beweggründe. Obwohl die Vollversammlung in einer 1947 angenommenen Resolution die Kriegspropaganda verurteilte, nimmt diese Propaganda in vielen kapitalistischen Ländern, besonders in den USA und England, ihren Fortgang.

Man könnte nicht wenige Beispiele einer solchen Propaganda anführen, wir wollen uns aber mit einem begnügen. Die Zeitschrift „United States News and World Report“ brachte in einer Augustnummer einen Aufsatz über Pläne eines Aggressionskriegs gegen die Sowjetunion, die auf Ausführungen derart offizieller Persönlichkeiten wie Omar Bradley, General Vandenberg, Stuart Symington und Louis Johnson beruhen. Diese Kriegsbrandstifter lassen in ihren Reden in Ausschüssen des USA-Kongresses ihrer kannibalschen Phantasie freien Lauf. Hier ist alles zu finden: sowohl der „plötzliche“ Atombombenüberfall als auch der Angriff „europäischer Truppen“ unter Führung amerikanischer reisiger Helden auf die Sowjetunion und schließlich die Invasion

amerikanischer Truppen in Europa. Der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs der USA, Mitglied des ständigen Unterausschusses des Militärkomitees der Atlantischen Union, General Bradley, gab in einer Rede vom 12. Oktober vor Mitgliedern der Amerikanischen Assoziation der Holzindustriellen zu verstehen, daß selbst eine internationale Atomenergiekontrolle den forcierten Vorbereitungen der USA zu einem neuen Krieg nicht Einhalt gebieten könne.

Ein tolles Wettrüsten in den USA und England, aufgeblähte Militärhaushalte, die unerträglich schwer auf den Schultern der werktätigen Massen lasten, hartnäckiges Widerstreben, sich zu einem Verbot der Atomwaffe zu verstehen, das alles ist im Grunde ein direkter Verstoß gegen die wichtigsten, grundlegenden Prinzipien der UNO-Satzung. Schließlich bilden die aggressiven Kriegsblocks, die von den USA und England geschaffen werden — die Atlantische Union, die Westeuropäische Union, die Panamerikanische Union, der Europäische Rat usw. —, eine unmittelbare und offene Verletzung der UNO-Satzung. Alle diese aggressiven Blocks werden nicht nur in Verletzung der Satzung gebildet, sondern sie zielen durchweg darauf ab, die UNO zu unterwühlen und zu liquidieren.

Die Drahtzieher des englisch-amerikanischen Blocks verbergen nicht, daß ihnen die UNO-Satzung nicht paßt, da sie ihnen bei der Politik der Entfesselung eines neuen Krieges hinderlich ist. Bevin erklärte am 26. September in einer Plenarsitzung der Vollversammlung:

„In meiner Rede in der vorjährigen Vollversammlung habe ich klipp und klar gesagt, daß wir von der Entwicklung der UNO enttäuscht sind... Ich muß aber darauf hinweisen, daß die offenkundigen Meinungsverschiedenheiten der Großmächte es unmöglich gemacht haben, eine befriedigende Grundlage für ein System des Weltfriedens zu finden.“

Die friedliebenden Völker sind der Ansicht, daß eine solche befriedigende Grundlage vorhanden ist. Diese Grundlage ist die Satzung der Organisation der Vereinten Nationen. Die Wirksamkeit dieser Organisation wird aber durch die Intrigen und Machenschaften der Politiker unterbunden, deren imperialistischen Zielen und aggressiven Absichten diese Satzung im Wege ist.

Die von der Sowjetunion auf der gegenwärtigen Tagung der Vollversammlung eingebrachten Anträge sind für die Stärkung der UNO, ihrer Autorität, ihres Prestiges und ihrer Wirksamkeit von gewaltiger Bedeutung. Die ununterbrochenen Versuche der amerikanischen und der englischen Politiker, die UNO von ihren unmittelbaren Aufgaben des Schutzes des Friedens und der internationalen Sicherheit auf Abwege zu bringen, die unaufhörlichen krassen Verstöße gegen die Prinzipien ihrer Satzung bilden eine Herausforderung an die Volksmassen der ganzen Welt, die nach einem dauerhaften Frieden dürsten und den Schutz des Friedens fordern. In ihrem Kampf für den Frieden genießt die Sowjetunion die Unterstützung der Volksmassen aller Länder, auch der kapitalistischen.

Eine Fortsetzung der aggressiven Politik, die die heutigen Lenker der USA und Englands betreiben, kann, nach den weisen Worten J. W. Stalins, „nur mit einem schmachvollen Fiasko der Brandstifter eines neuen Krieges enden“.

Die Prinzipien der UNO-Satzung bieten eine Grundlage für eine fruchtbare Zusammenarbeit der friedliebenden Staaten. Der Kampf für diese Prinzipien steht in unlösbarem Zusammenhang mit dem Kampf des demokratischen Lagers gegen die Brandstifter eines neuen Krieges, für einen dauerhaften Frieden und für internationale Sicherheit.

In den Ländern der Volksdemokratie

Der Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft Rumäniens

wirtschaft Rumäniens für 1951—1955, ein Plan auf weite Sicht.

Der Plan sieht ein erhebliches Wachstum der Industrie, vor allem der Schwerindustrie, vor, was einen raschen Aufschwung der ganzen Volkswirtschaft bedingen muß.

Im Jahre 1955 werden eine Million Tonnen Roheisen und 1 250 000 Tonnen Stahl produziert werden. Das ist 20mal bzw. 12,5mal soviel, wie das kapitalistische Rumänien in den Jahren 1925 und 1935 erzeugt hat.

Die Steinkohlenförderung soll sich im Jahresdurchschnitt gegenüber der gleichen Zeitspanne vervierfachen, die Koksgewinnung das Acht- bis Zehnfache erreichen. Die Erdölindustrie war in den Vorkriegsjahren der am stärksten entwickelte Zweig der rumänischen Industrie, wurde aber im Krieg am meisten in Mitleidenschaft gezogen. Dem Plan zufolge ist beabsichtigt, den Vorkriegsstand der Erdölgewinnung im dritten Jahr des Planjahrfünftes zu erreichen, dann jedoch erheblich zu überbieten.

Durch den Aufschwung der Hüttenindustrie wird die Entwicklung der Maschinenbauindustrie ermöglicht, deren Produktionsleistung sich bis zum Ende des Planjahrfünftes verdoppeln wird. Besondere Aufmerksamkeit wird der Herstellung von Landmaschinen zugewandt. Während des Planjahrfünftes wird sich die Traktorenproduktion verdreifachen: am Ende des Planjahrfünftes wird Rumänien 6000 Traktoren jährlich erzeugen können. Auch die Produktion anderer komplizierter Landmaschinen, inbegriffen Mähdrescher, ist beabsichtigt. All dies bietet die Möglichkeit, die Landwirtschaft Rumäniens auf eine mächtige maschinelle Grundlage zu stellen.

Rumänien kann viel billigen Kraftstrom erzeugen. Seine sehr reichen natürlichen Hilfsquellen wurden früher fast nicht genutzt. Innerhalb 60 Jahren baute die bürgerlich-gutherrliche Clique, die das Land regierte, Kraftwerke mit einer Gesamtkapazität von nur 600 000 Kilowatt. In dem Plan auf weite Sicht ist für 5 Jahre der Bau von Kraftwerken mit einer Kapazität von 2 Millionen Kilowatt vorgemerkt. Dies wird ein großer Schritt auf dem Wege zu dem Ziel sein, das sich die rumänischen Kommunisten bereits

Weite Horizonte erschließen sich dem rumänischen Volk. Hiervon zeugt der Plan zur Entwicklung der Volkswirtschaft Rumäniens für 1951—1955, ein Plan auf weite Sicht.

1945 gesetzt haben, nämlich zur vollständigen Elektrifizierung des Landes.

Die Verstärkung der energetischen Basis, die Entwicklung der Schwerindustrie und des Maschinenbaus sowie die Mechanisierung der Landwirtschaft werden zu einem allgemeinen Aufstieg der rumänischen Wirtschaft führen. Während des Planjahrfünftes wird sich das Nationaleinkommen des Landes verdoppeln. Der Lebensstandard der werktätigen Bevölkerung wird sich gegenüber 1949 um 80 Prozent erhöhen.

Der auf weite Sicht entworfene Plan zur Entwicklung der Volkswirtschaft wurde vom rumänischen Volk mit großer Freude und großem Stolz aufgenommen. Hunderttausende Menschen der Arbeit studieren dies historische Dokument. Der Plan ist ein Fenster, durch das sich ein weiterer Ausblick in die Zukunft eröffnet. Es läßt deutlich erschauen, wie das Land morgen, nach einem Jahr, nach ein paar Jahren aussehen wird... Durch dies Fenster läßt sich die weite Perspektive des Aufbaus des Sozialismus wahrnehmen.

Kulturzusammenarbeit der volksdemokratischen Staaten

Die Bourgeoisie der osteuropäischen Länder orientierte sich seinerzeit restlos auf die westliche Kultur, deren hinfällige, dekadente Äußerungsformen sie übernahm. Sie ignorierte das Kulturleben der kleinen Nachbarländer, wie übrigens auch die nationale Kultur ihrer eigenen Völker. Die polnische Zeitung „Trybuna Robotnicza“ schreibt:

„Vom Standpunkt der reaktionären regierenden Kreise vergangener Zeit waren Lissabon und Dublin näher bei Warschau gelegen als z. B. Prag... Dieser künstlich geschaffene ‚eiserne Vorhang‘ zwischen Polen und der Tschechoslowakei hatte den Zweck, keine Annäherung zwischen beiden Ländern zuzulassen.“

Das ist auch begreiflich: eine solche Annäherung lief den Interessen der Imperialisten zuwider, die zwischen den Ländern Feindschaft entfachten. Erst mit dem Sieg der Völker über die Kräfte der Reaktion wurde dieser eiserne Vorhang gesprengt. Jetzt schließen die Länder der Volksdemokratie, die durch Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe miteinander verbunden sind, generelle und spezielle Abkommen und Verträge auch auf dem Gebiet der Kultur.

Die Formen der Kulturverbindung zwischen den Ländern sind höchst mannigfaltig. Es werden „Freundschaftswochen“ mit Massenversammlungen, Vorlesungen, Abendveranstaltungen und mit

Vorträgen in Betrieben, Ämtern und Dorfkлубs organisiert. Es werden Festspiele veranstaltet, in deren Rahmen Vorführungen von Musterwerken der Kunst sowie Ausstellungen stattfinden. Die Presse jedes Landes behandelt eingehend das Kulturleben der Brudervölker. Auf den Regalen der Buchläden in den Ländern der Volksdemokratie kann man neben hervorragenden Werken sowjetischer und klassischer russischer sowie westlicher Literatur auch Romane, Gedichtsammlungen und Dramen von Schriftstellern der benachbarten Freundesvölker sehen.

Die Theater jedes Landes führen Stücke von Bühnendichtern anderer Länder der Volksdemokratie auf. Zum diesjährigen Spielplan des Nationaltheaters in Budapest gehört jetzt die Komödie „Ein verlorener Brief“. Ihr Verfasser ist Ioan Caragiale, ein hervorragender rumänischer Schriftsteller und Bühnendichter. Das gleiche Theater bereitet das Bühnenwerk „Zarengunst“ des bekannten bulgarischen Schriftstellers Kamen Sidaroff vor. Dieses Stück Sidaroffs ist auch vom Nationaltheater in Prag zur Aufführung angenommen.

Die Länder der Volksdemokratie tauschen künstlerische Kräfte aus. Nicht nur Solisten — Musiker oder Sänger —, sondern auch ganze Ensembles bereisen die Nachbarstaaten. Amateur-

ensembles bieten Musterwerke des Volksschauspiels dar. Polnische Symphonieorchester und Theatertruppen haben Gastspiele in der Tschechoslowakei gegeben, tschechoslowakische haben Tournées durch Polen gemacht. Diese Gastspiele gehen in Manifestationen der Völkerfreundschaft über.

Die Filmorganisationen der einzelnen Länder suchen gleichfalls eine schöpferische Zusammenarbeit in Gang zu bringen. Eine solche wurde z. B. zwischen „Film Polski“ und der tschechoslowakischen „Filmová společnost“ erzielt.

Der tschechoslowakisch-polnische Mathematikerkongreß, der unlängst tagte, kann als Beispiel des Erfahrungsaustauschs auf dem Gebiet der Wissenschaft gelten.

Die Kulturzusammenarbeit der Länder der Volksdemokratie sowie ihre politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit fußt auf einer dauerhaften Grundlage: auf der Freundschaft mit der Sowjetunion. Die vorgeschrittene Sowjetkultur, der die unsterbliche marxistisch-leninistische Theorie zugrunde liegt, wird von den Völkern der Länder der Volksdemokratie mit größter Aufmerksamkeit studiert und erfaßt. Dies ist für sie ein unerschöpflicher Born der Begeisterung und ein Kraftquell im Kampf für die Errichtung des Fundaments des Sozialismus.

Internationale Umschau

(Notizen)

DAS BAROMETER SINKT

Im dritten Viertel dieses Jahres ging die Bruttoproduktion der amerikanischen Industrie gegenüber dem dritten Viertel des vorigen Jahres um mehr als 10 Prozent zurück.

Während der ersten Oktoberwoche lag der Güterumschlag der Eisenbahnen in den USA — ein Spiegelbild des allgemeinen Produktionsrückganges — um 12,7 Prozent unter dem der vorhergehenden Woche, um 35,6 Prozent unter dem der entsprechenden Woche von 1948 und um 40 Prozent unter dem der entsprechenden Woche von 1947.

Von der allgemeinen Flaute im Wirtschaftsleben zeugt die Verminderung des in Umlauf befindlichen Geldes und der von den Banken

getätigten Clearingoperationen. Der Rückgang der Verbrauchernachfrage hat auch den Umsatz der Warenhäuser in Mitleidenschaft gezogen.

Alle diese Tatsachen enthüllen in überzeugender Weise die völlige Haltlosigkeit des gespielten Optimismus, den die offiziellen USA-Kreise im Zusammenhang mit der im August und September vorübergehend eingetretenen unbedeutenden Produktionssteigerung einiger Industriezweige zu verbreiten suchen. Es genügt der Hinweis, daß der Produktionsindex vom September mit 171 den des August nur um zwei Punkte überstieg. Im September d. J. lag die Produktion um mehr als 12 Prozent unter derjenigen vom November v. J.

Die Praxis zeigt, daß für eine optimistische Beurteilung der Aussichten, die sich der Wirtschaft

der Vereinigten Staaten darbieten, nicht die geringsten Ursachen vorhanden sind. Selbst die „New York Times“ war (wie aus der Nummer vom 16. Oktober hervorgeht) genötigt zuzugeben, daß die Kennzeichen einer unbedeutenden Produktionssteigerung, die in den beiden vorhergehenden Monaten zu beobachten waren, jetzt verschwunden sind, und daß die Rückgangstendenzen wieder die Oberhand gewinnen. Hiervon zeugen namentlich Tatsachen wie die Verminderung der Maschinenbestellungen und das Sinken der Kapitalinvestitionen. Wie die Agentur Federated Press meldet, werden die Kapitalanlagen in industriellen Neubauten und im Maschinenbau laut Regierungsangaben im letzten Viertel dieses Jahres um etwa 21 Prozent unter denen des Vorjahres liegen. Nach Nennung dieser Zahl kommt die Agentur zu folgendem vielsagenden Schluß:

„Der Zusammenbruch dieser wichtigen Stütze der Nachkriegszeit sagt eine Weiterentwicklung des wirtschaftlichen Rückgangs voraus.“

In dem wichtigsten kapitalistischen Lande sinkt das Barometer des Wirtschaftslebens und zeigt eine Fortentwicklung der Krise an. So ist nun einmal die unerbittliche Wirklichkeit.

EILIGE UNFALLHILFE

Es läßt sich leicht denken, wie die Aktien der Bonner Regierung nach der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik beim amerikanischen Publikum fielen. Das Staatsdepartement und die von ihm inspirierte Presse hatte die Sache immer so dargestellt, als handle es sich dort wirklich um einen Staat und wirklich um eine Regierung. Nun aber ist die ganze Sache plötzlich wie ein Kartenhaus zusammengefallen. Einen wirklichen Staat haben die demokratischen Kräfte des deutschen Volkes gebildet, die Bonner Agenten des USA-Imperialismus aber stehen vor der ganzen Welt als unverkennbare Usurpatoren da.

Als die Aufregung, die in Bonn durch die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik ausgebrochen war, Siedehitze erreicht hatte, tauchte dort eiligst Walter Lippmann auf. Dieser wohlbestallte Vergifter der öffentlichen Meinung kam nach Trizonien, um eine Art Unfallhilfe zu leisten, d. h. vor dem amerikanischen Publikum schleunigst den Leumund von Adenauer und Konsorten zurechtzubiegen und die in allen Nähten geplatze amerikanische Politik in Deutschland sozusagen wieder zusammenzuflicken.

Die Lage in Bonn erwies sich offenbar als schlimmer, denn Lippmann erwartet hatte. In dem ersten Aufsatz, den er der Redaktion der „New York Herald Tribune“ aus Bonn einsandte,

teilte er mit, er habe einige Gespräche mit Adenauer und ein paar anderen Persönlichkeiten gehabt, könne aber ihren genauen Wortlaut nicht anführen. Er zieht es vor, sich der Zitate zu enthalten. Aber er könne versichern, daß Adenauer „aufrichtig“ das gleiche wolle, was offenbar Washington will, nämlich ein „französisch-deutsches gegenseitiges Verständnis“. Die Bonner Regierung, so versichert Lippmann, sei gezwungen, in dieser Richtung vorzugehen, da sie andernfalls von „dunklen Kräften“ vernichtet werden würde.

Lippmann, der einsieht, daß das Revanchegeheiß der Bonner Reaktionäre eine zweifelhafte Grundlage für Unterredungen mit den Franzosen bietet, beeilt sich mitzuteilen, daß die Bonner Regierung nicht einmal daran denke, eine Armee aufzustellen. Da aber die ganze Welt weiß, daß die amerikanische Politik in Trizonien darauf abzielt, die aggressiven Kräfte des deutschen Militarismus wiederaufleben zu lassen, führt Lippmann folgenden scharfsinnigen Beweis für die Friedensliebe der Bonner Minister: sie seien gegen die Wiederherstellung der deutschen Wehrmacht, da dies den Machtantritt des Offizierkorps bedeuten würde. „Jüngere Leute“ könnten die heutige Regierung Trizoniens an sich reißen oder vernichten. Somit sei die Regierung — wenn auch nur aus dem egoistischen Wunsch, an der Macht zu bleiben — gezwungen, auf Pläne einer Wiederherstellung der deutschen Wehrmacht zu verzichten.

Zweifelloos enthält das von Lippmann schlaue gemixte Gebräu ein Körnchen Wahrheit. Es ist zu glauben, daß man sich in den Kreisen der deutschen Reaktionäre und Militaristen um die Ministergehälter raut und daß gewisse „jüngere Leute“ mit militärischem Schneid und dem Hakenkreuz im Knopfloch nicht abgeneigt wären, sich in den Vordergrund zu drängen.

Der Washingtoner Plan für eine Regelung der Beziehungen zwischen Frankreich und Bonn ist darauf berechnet, das nicht vorhandene Prestige des trizonalen Kabinetts zu heben. Aber die eilige Unfallhilfe für Adenauer ist viel zu eilig in Szene gesetzt worden, als daß sie den Ruf der durchgefallenen amerikanischen Politik in Bonn retten könnte.

KAPIERT...

Am 14. Oktober teilt die Turiner „Gazzetta del Popolo“ in dem „Washingtoner Illusionen“ betitelten Leitartikel den Lesern ihre unfrohen Gedanken mit, denen sie bezüglich der Aussichten des von den USA gegen die Sowjetunion und die

Länder der Volksdemokratie geführten „kalten Kriege“ nachhängt. Das Blatt schreibt:

„Die Außenpolitik der USA sieht sich den größten Schwierigkeiten gegenüber, die sie seit Kriegsende gehabt hat. Truman und seine Mitarbeiter stehen vor einem äußerst wichtigen, vielleicht sogar entscheidenden Umschwung, da ihre frühere Politik auf allen Seiten Risse zeigt.“

Um diese seine Schlußfolgerung zu konkretisieren, weist das Blatt darauf hin, daß das Staatsdepartement im Laufe von drei Jahren eine Linie verfolgt hat, die von George Kennan, dem Fachmann für sowjetfeindliche Intrigen, ausgearbeitet wurde. Aber

„angesichts der jüngsten Ereignisse ist anzunehmen, daß diese Politik ... sich nicht bewährt hat, da sie die von ihr verfolgten Ziele nicht erreichte und Fiasko erlitt“.

Weiterhin werden in herabgestimmtem Ton die „schwachen Stellen“ und Fehlberechnungen der Initiatoren des „kalten Kriege“ aufgezählt: der Sieg der demokratischen Kräfte in China, der Zusammenbruch der Legende vom amerikanischen Atombombenmonopol.

Die „Gazzetta del Popolo“, die hierüber ganz aus dem Häuschen ist, entschließt sich sogar zu einer Kritik an den Lenkern der amerikanischen

Außenpolitik. Sie schreibt voll Angst vor der eigenen Courage:

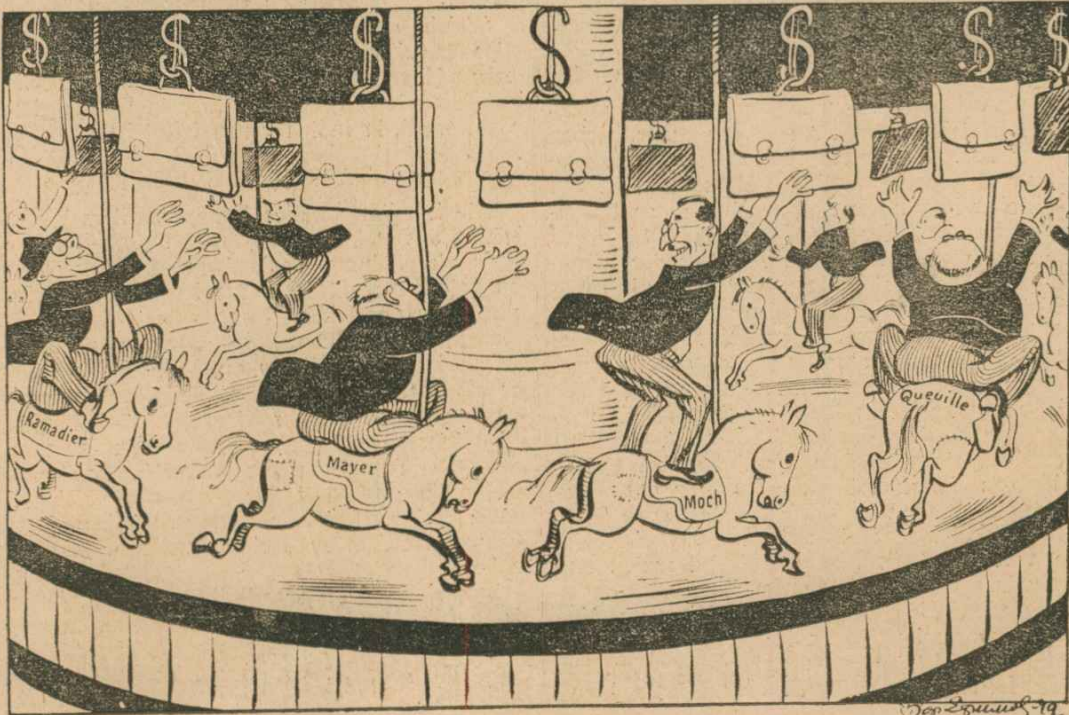
„Dean Acheson, der Chef des Staatsdepartements, hat sich in der Praxis nur als guter Geschäftsführer in Zeiten normaler Verwaltungsarbeit gezeigt, keineswegs aber als Politiker mit genialen Fähigkeiten... Er schleppt sich den berüchtigten ‚Zweischienenstrang‘ entlang: einerseits strebt Washington ein — sei es auch nur zeitweiliges — Kompromiß mit der Sowjetunion an, andererseits vergeht kein Tag, an dem seine Generale und Minister nicht mit einer Verstärkung der Streitkräfte und Festigung der Kriegsbündnisse drohen.“

Alle diese Dinge machen die Turiner Zeitung, die bereits erkennt, daß mit der Methode der „Einschüchterung“ bei der Sowjetunion absolut nichts auszurichten ist, überaus nervös. Sie schreibt:

„Diese Berechnung war falsch, und die jüngsten Ereignisse haben bewiesen, wie unsichtbar sie ist.“

Die Gedanken, die sich das Organ der norditalienischen Großindustriellen über die Fehlschläge der amerikanischen Außenpolitik macht, sind kennzeichnend. Offenbar haben unter dem Einfluß der neuesten Ereignisse in Europa und Asien selbst die süßstimmigen italienischen Mitsänger des Marshallplans gewisse nützliche Wahrheiten kapiert.

DIE NÄCHSTFÄLLIGE VERTEILUNG DER MINISTERPORTEFEUILLES IN FRANKREICH



Zeichnung von BORIS JEFIMOW

DEN KRIEGSBRANDSTIFTERN ZU GEFALLEN

Das Zentrale Strafgericht in Sydney hat den Generalsekretär der Kommunistischen Partei Australiens, Sharkey, zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, weil er für den Schutz des Friedens eintrat.

Als die Monopolpresse Australiens sich im Frühjahr d. J. dem von den Kriegsbrandstiftern losgelassenen sowjetfeindlichen Hexentanz zugesellte, erklärte der Leiter der Kommunistischen Partei Australiens, die Sowjetunion sei ein friedliebendes Land und werde niemand den Krieg erklären. Er sagte:

„Die Sowjetunion wird nur dann in den Krieg ziehen, wenn sie überfallen wird. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sowjettruppen in Australien einfallen. Sollten bei der Verfolgung von Aggressoren Sowjettruppen nach Australien kommen, dann werden die australischen Arbeiter sie ebenso willkommen heißen, wie die Arbeiter sie in ganz Europa willkommen hießen, als die Sowjetarmee die Völker befreite.“

Diese Erklärung versetzte die australischen Reaktionäre, die sich in die Abenteuerpläne der amerikanischen Kriegsbrandstifter einschalteten, in Wut. Auf Anweisung von Ministerpräsident Chifley eröffnete der Generalstaatsanwalt ein Gerichtsverfahren gegen Sharkey, wobei er dessen Erklärung in betrügerischer Weise als „Anstiftung zur Meuterei“ auslegte. Mehr als ein halbes Jahr dauerte der schändliche Prozeß. Seine Organisatoren übernahmen die faschistischen Methoden Richter Medinas. Einige Tage nach Abschluß des New Yorker Prozesses füllten sie über Sharkey den Schuldspruch.

Der Gewaltakt an dem Leiter der Kommunistischen Partei löste den Protest der australischen Arbeiter aus. Im Hafen von Sydney fand eine Reihe von Massenprotestkundgebungen statt. Am 18. Oktober legten die Bergarbeiter in acht Gruben von Neusüdwales zur Verteidigung Sharkeys die Arbeit nieder. Auch die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten bei Sydney fordern Aufhebung des Urteils und Freilassung Sharkeys.

Die Werktätigen Australiens sehen, daß der Gewaltakt an Sharkey ein Bestandteil des Feldzugs ist, den die Reaktion nicht nur gegen die der Volksbewegung für Frieden und Demokratie voranschreitende Kommunistische Partei, sondern gegen die fortschrittlichen demokratischen Kräfte des Landes überhaupt unternommen hat. Das australische Parlament bereitet eine ganze Serie arbeiterfeindlicher und antidemokratischer Gesetze vor. Die Polizei veranstaltet Razzien und Haussuchungen in Arbeitervierteln.

Die australischen Reaktionäre äffen die Manieren der amerikanischen Bourbonen nach. Sie begreifen nicht, daß man dem Volk, das den Frieden fordert, keinen Maulkorb umhängen kann.

HEILIGE EINFALT

Als der Außenminister Pakistans, Mohammed Safrullah-Khan, in der kanadischen Hauptstadt Ottawa weilte, hielt er eine Pressekonferenz ab. Um der amerikanischen Mode seinen Tribut zu zollen, erachtete er es für angebracht, das Thema der „roten Gefahr“ zu berühren. Er erklärte, die Regierung Pakistans verfolge unruhig die Entwicklung der Ereignisse in China, fügte jedoch hinzu, der Kommunismus stelle seiner Ansicht nach für Pakistan keine Gefahr dar.

Safrullah-Khan las es den kanadischen Zeitungsleuten wahrscheinlich vom Gesicht ab, daß er danebengehauen hatte. Deshalb fügte er flugs hinzu:

„Politisch gesehen hätte ich wohl eher sagen sollen, der Kommunismus bedrohe Pakistan, denn wenn Sie sagen, der Kommunismus bedrohe Ihr Land nicht, dann zeigen die USA für Sie kein besonderes Interesse...“

Der einfältige Außenminister hat, ohne zu wollen, das Geheimnis der nach amerikanischen Almosen gierenden reaktionären Politiker Europas und Asiens ausgeplaudert. Das provokatorische Gezeter über eine „kommunistische Gefahr“ dient ihnen nicht nur zur Deckung ihres antidemokratischen Treibens, es ist außerdem ein Mittel, die amerikanischen Shylocks zu größerer Freigebigkeit zu zwingen.

Welch einfache und anschauliche Erklärung gibt Safrullah-Khan doch für den antidemokratischen Hexensabbat, den sein Nachbar, Ministerpräsident Nehru, der zur Zeit in Washington zu Gast weilt, in Indien veranstaltet hat!

„HAMLET“ VERKEHRT

Die Londoner Ballett-Truppe Sadlers Wells ergötzte das Publikum in dieser Saison durch eine Ballettdarstellung des „Hamlet“ (Musik von Tschaikowski) mit Robert Helpmann als Spielleiter und Hauptdarsteller. Der Bühnenkritiker Scott Goddard nennt die Aufführung einen außerordentlichen Erfolg. Helpmanns „Schule“ bezeichnet er als realistisch, erläutert den Realismus allerdings aus irgendeinem Grunde als die Aufgabe, „den Inhalt des Balletts an die Neuzeit anzupassen“. Die Truppe Sadlers Wells habe, so schreibt er, in ihrem Ballett das „seelische Erleben des neuzeitlichen Menschen“ wiedergegeben. Das sei es, was sie dem englischen Publikum vorgeführt habe.

Zunächst beginnt das Ballett „vom Ende“, und das gefällt Goddard ungemein. Dies sei „eine geschickte technische Methode, die beweist, wie tief der Spielleiter die Musik Tschaikowskis erfühlt hat“.

Die geschickte technische Methode besteht darin, das Ballett mit Hamlets Begräbnis anfangen zu lassen — Diener tragen ihn zu Grabe. Dann rollt die Handlung „wie im Traum“ ab: Hamlet blickt vom Jenseits auf seine irdischen Erlebnisse herab. Auf der Bühne ist der Held des Balletts „in einem sonderbaren Zustand, bei dem er im voraus alles weiß, was mit ihm geschehen soll, jedoch keine Möglichkeit hat, etwas an den Ereignissen zu ändern“.

Die Königin, Hamlets Mutter, und Ophelia vermengen sich unter dem geheimnisvollen Einfluß der „gespaltenen Persönlichkeit“ Hamlets so sehr, „daß er sie zeitweise nicht auseinanderhalten kann“.

Dies ganze mysteriöse Kuddelmuddel macht auf den englischen Kritiker, wie er selbst schreibt, einen „starken und unheimlichen Eindruck“. Hingerissen von der „leidenschaftlichen Spannung des Schauspiels“, schreibt er:

„Die düsteren Farbtöne, die hier und da vom Purpur des Blutes und vom Glitzern des Goldes untermalt werden, steigern den ohnehin schon überwältigenden Eindruck des unabwendbaren Geschicks zur Fieberhitze eines furchtbaren Alpdrückens.“

Diese Schilderung der Londoner Ballettaufführung des „Hamlet“ hat der „Britanski Sojusnik“ den Sowjetlesern aufgetischt. Sie gibt eine Vorstellung von den Tollhäuserphantasien, mit denen die übergeshnappten Dekadenzler, die sich selbst an der genialen Tragödie Shakespeares und der genialen Musik Tschaikowskis vergreifen, das englische Publikum abspesen. Die Begeisterung des englischen Literaten über den Hohn, den das Londoner Theater Shakespeare und Tschaikowski antut, enthüllt seine Unwissenheit, die Verderbtheit seines Geschmacks und die im Westen so moderne faulige Philosophie von der Verdammtheit und Hilflosigkeit des Menschen gegenüber dem Geschick. Eine solche Philosophie ist für die Labourpolitiker sehr bequem. Deshalb finden ihre Anhänger in den offiziellen Ausgaben des englischen Informationsministeriums Raum für ihre Ergüsse.

WIEDER DIE ALTE LEIER

„Deutschlands Sorge: zu viele Menschen“ — so lautet der Titel eines Artikels im einflußreichen reaktionären „United States News and World Report“. Die amerikanische Zeitschrift sucht zu beweisen, daß das ganze Unglück Westdeutschlands einen einfachen Grund habe: es gäbe dort 8 Millionen „überflüssige Bevölkerung“.

Die amerikanischen Schwarzhunderter haben keinen Funken Originalität. Als erster könnte sie

Georges Clemenceau, der alte Tiger des französischen Imperialismus, eines schamlosen Plagiats beschuldigen. Von ihm stammt bekanntlich der niederträchtige Ausspruch, es gebe in der Welt 20 Millionen Deutsche zuviel...

Später stülpte Hitler diese menschenfeindliche Verleumdung um und bediente sich ihrer, um das Bewußtsein von Millionen Menschen zu vergiften. Jetzt sind es die amerikanischen Kriegshetzer, die die kannibalische Erfindung von der „überflüssigen“ Bevölkerung Deutschlands wieder in Umlauf bringen.

Der geniale deutsche Dichter Heinrich Heine schrieb als Antwort an zeitgenössische Dunkel männer, die das „alte Entsagungslid“ um der ewigen Glückseligkeit in einer anderen Welt willen plärten:

„Wir wollen auf Erden glücklich sein
Und wollen nicht mehr darben;
Verschlemmen soll nicht der faule Bauch,
Was fleißige Hände erwarben.
Es wächst hienieden Brot genug
Für alle Menschenkinder...“

Die amerikanischen Pfeffersäcke und ihre Lakaien finden überall „überflüssige“ Bevölkerung: in Deutschland und in China, in England und in den Vereinigten Staaten selber. Aber ihr Mark und Bein durchdringendes Geheul von der „überflüssigen Bevölkerung“ läßt einen anderen Gedanken aufsteigen. Nicht die Menschen der Arbeit, die alle Lebensgüter schaffen, bilden die überflüssige Bevölkerung. Überflüssig sind die Schmarotzer und Blutsauger, die jenes verrottete und bankrotte System der Ausbeutung unterstützen und verteidigen, das den Völkern weder Brot noch Frieden noch Freiheit geben kann.

EINE KONFERENZ DER DIEHARDS

Am 14. Oktober kam die 70. Konferenz der Konservativen Partei zum Abschluß. Da im nächsten Jahr wieder Parlamentswahlen bevorstehen, gaben sich die konservativen Führer nicht wenig Mühe, ihr neues Treffen besonders groß aufzumachen. Man mietete einen der geräumigsten Säle Londons, Empress Hall, der 10 000 Personen Platz bietet. Die sorgfältig ausgewählten Delegierten wurden gründlichst instruiert. Die mächtige Propagandamaschine der Monopole verkündete, die Konferenz werde die bedeutendste in der Geschichte der Konservativen Partei sein...

Die Wirkung fiel jedoch nicht so aus, wie die Veranstalter der Konferenz es vorausgesehen hatten. Erstens ließ der Massenzustrom des Publikums

zu den Sitzungen vergeblich auf sich warten. Die Delegierten schlangen ihre Reden vor halbleerem Saal. Zweitens schlugen die Konservativen, als sie die Politik der Labourregierung schmähten, selbst nichts anderes vor und wiederholten nur die Worte von Cripps und Deakin, das englische Volk müsse noch ausdauernder arbeiten und neue Opfer bringen.

Offensive gegen den Lebensstandard der Arbeiterklasse, Militarisierung Englands, Fortsetzung der räuberischen Kolonialpolitik und völlige Unterordnung unter die Wall Street — das ist der „richtige Weg für England“, den die Erzkonservativen in ihrem übrigens mit diesem Titel veröffentlichten Wahlprogramm fest vorgezeichnet haben. Es ist das ein Weg des Krieges und der imperialistischen Abenteuer.

Das Glanzstück der Konferenz, die Rede Churchills, war sehr pompös aufgezogen. Aber selbst dieser gewiegte politische Schieber konnte die verfahrenene Sache nicht wiedereinrenken. Innerpolitisch riet er seinen Kollegen vorsorglich, „sich nicht durch konkrete, starre Programme zu binden“. Was die Außenpolitik anbelangt, so erklärte der oberste Kriegsbrandstifter selbstzufrieden, sie sei „auf unsere Initiative, nach unseren Anweisungen und unter unserer Leitung in der Hauptsache bereits angenommen“. Bekanntlich hält Churchill es nicht für notwendig, zu verbergen, daß die Regierung Attlee-Bevin eine von der konservativen Clique ausgearbeitete Zweiparteienpolitik betreibt.

Die Zeitung „News Chronicle“ bemerkt in ihrem Kommentar zur Arbeit der Konferenz:

„Über ihr scheint sich die Wolke des Zweifels und der Unsicherheit zusammenzuballen... Auch die Reden ihrer Führer konnten daran nichts helfen. Was über die Wahlpolitik gesagt wurde, war allzu vorsichtig und bekannt, um die Stimmung zu heben.“

Einer der hartgesottensten Imperialisten, Leopold Amery, schlug in seiner Konferenzrede Alarm. Er sagte:

„Wir alle leben in einer Welt der Gefahren...“

Die Erzkonservativen haben jede Ursache zur Beunruhigung: die imperialistische Politik kracht in allen Fugen. Ist es da ein Wunder, wenn die 70. Konferenz der Konservativen Partei Englands sich nicht als die „bedeutendste“, sondern als eine der kläglichsten in der Geschichte der Partei Churchills erwiesen hat?

LIEBHABER DER GEHEIMDIPLOMATIE

Am 6. Oktober tagte in Washington unter Leitung des amerikanischen Generals Bradley eine Sitzung des Militärkomitees der am aggressiven Nordatlantischen Vertrag beteiligten Länder. Auf

der Sitzung hatten sich zahlreiche Kriegsminister und Sachverständige zusammengefunden, um den Direktiven der Washingtoner Strategen an die sogenannten „Regionalgruppen“ die gehörige Form zu geben.

Aber der Kreis der westeuropäischen Vasallen des amerikanischen Imperialismus, die um Direktiven nach Washington gekommen waren, beschränkte sich, wie man erfährt, nicht auf die Teilnehmer des nordatlantischen Blocks. Auch das „neutrale“ Schweden wurde in den intimen Kreis aufgenommen. Wie der New Yorker Korrespondent von „Dagens Nyheter“ meldet,

„trafen sich der schwedische Militär-, der Marine- und der Luftfahrtattaché in Washington anläßlich der Beratung über den Atlantikpakt mit einer Gruppe von Spezialisten, die sich mit der Frage beschäftigen, welche Rolle den skandinavischen Ländern im Atlantikpakt zufällt“.

So ist noch einmal Licht in die berüchtigte „Neutralitäts“politik der regierenden Kreise Schwedens gebracht worden, die sich über die „Hintertreppe“ in den aggressiven nordatlantischen Block einschleichen. Diese Politik genießt nicht die Unterstützung des schwedischen Volkes, das auf keinen Fall wünscht, zu Kanonenfutter für die USA-Imperialisten gemacht zu werden.

Die schwedischen Politiker wissen das ganz genau. Deshalb haben sie es nicht gern, wenn die Öffentlichkeit von ihren wahren Absichten Wind bekommt. Ein Leiter der Konservativen Partei, Chefredakteur Ivar Anderson vom „Svenska Dagbladet“, gab einmal in einer Unterhaltung mit einem Korrespondenten der „New York Herald Tribune“ ausdrücklich folgendes zu:

„Wir Schweden halten uns an die Ideen der praktischen Realpolitik. Wir hätten uns mit vielen Bedingungen des Pakts“ (gemeint ist der Nordatlantikpakt) „einverstanden erklärt, wenn sie so lange geheimgeblieben wären, bis die Verteidigungsstellung Skandinaviens als verhältnismäßig stark und sicher angesehen werden kann...“

Ja, die abenteuerlichen Pläne der Kriegsbrandstifter scheuen das Tageslicht. Die schwedischen Anhänger des Nordatlantischen Vertrags ziehen es vor, ihre Politik hinter dem Rücken des Volkes zu machen — so glauben sie, es leichter betrügen zu können.

DIE MALAIISCHEN LORBEEREN DER LABOURISTISCHEN POLITIKER

Die britischen Behörden haben mehr als einmal bekanntgegeben, sie hätten die Volksbefreiungsbewegung in Malaya niedergeschlagen. So erklärte z. B. Malcolm MacDonald, der britische

Generalkommissar in Südostasien, am 5. September:

„Die kommunistische Meuterei in Malaya ist völlig zusammengebrochen. Die Aufständischen sind in den Urwald vertrieben worden.“

In Wirklichkeit scheint die Sache anders auszu-
sehen.

Die unmenschlichen Bombenabwürfe auf Dörfer, die Blutbäder unter wehrlosen Kulis und Bauern, die Massenverhaftungen ohne Erhebung einer Anklage, die Haussuchungen und Razzien, die Verfolgungen gegen die fortschrittlichen demokratischen Parteien und gegen die Gewerkschaften sind offensichtlich zwecklos. Die Partisanenaktionen werden immer hartnäckiger und organisierter, obwohl in Malaya die Hälfte der gesamten britischen Auslandsstreitkräfte konzentriert ist.

Die englische und die indische Presse berichtet von Kämpfen in fast allen Teilen der Halbinsel Malakka, insbesondere in Perak, Dschohore, Selangor, Pahang und anderen Fürstentümern. Selbst in der Hauptstadt Malayas, in Kuala Lumpur, fühlen sich die britischen Behörden nicht sicher. Die englische „Times“ schreibt in ihrer Nummer vom 15. Oktober:

„Die letzten Meldungen ... zeugen davon, daß die allgemeine Verstärkung der Operationen der Sicherheitstruppen, die im September begannen und zwei Monate lang andauern sollen, lediglich zu häufigeren Zusammenstößen mit den Aufständischen geführt, aber überhaupt keinen nennenswerten Erfolg gebracht hat.“

Man sieht, daß die Siegesmeldungen der englischen Kolonialbehörden Gaunermeldungen sind. Sie sollen die öffentliche Meinung beschwichtigen, ist der blutige Kolonialkrieg gegen die Völker Malayas doch eine der ungeheuerlichsten Missetaten der labouristischen Behörden.

FLUCHT VOR DER WIRKLICHKEIT

Ist der große Absatz von Kriminalromanen ein Zeichen der Sittenverderbnis? Diese Frage wirft die amerikanische Zeitung „The Daily Compass“ auf. Zu ihr ließ sich Lawrence G. Blochman vernehmen, ein amerikanischer Modeautor blutrünstiger Dramen und Fachmann für die raffinierte Beschreibung von Mordtaten, Vergewaltigungen und Raubüberfällen. Er prahlt:

„In den USA erscheinen durchschnittlich jede Woche fünf neue Detektivromane... Die amerikanischen Leser verschlingen alljährlich 250 neue Detektivromane — nicht zu erwähnen die ungefähr ebenso große Anzahl von Neuauflagen alter Werke.“

Diese Zahlen bedeuten, daß zwei Fünftel der ganzen im Dollarlande erscheinenden „schönen

Literatur“ die Verbrecherwelt und Kriminalverbrechen verherrlichen. Blochman empfindet vor diesem Genre große Achtung und hält es nicht nur für unschädlich, sondern sogar für nützlich, denn „am Ende des Buches wird das Laster immer bestraft, während Recht und Gerechtigkeit triumphieren“.

Wir wollen nicht mit dem Troubadour des amerikanischen Detektivromans diskutieren. Wenden wir uns lieber der Verbrechenschronik zu. Hier einige Meldungen aus amerikanischen Zeitungen, die einen Tag nach Veröffentlichung der frommen Versicherungen Blochmans erschienen sind.

Die Zeitung „Chicago Sun and Times“ berichtet, der 13jährige Glennie Brann aus der Stadt Wakefield im Staate Massachusetts habe beide Beine verloren. Freunde banden den Knaben an einen Pfahl und waren schon drauf und dran, ihn auf einem Scheiterhaufen zu verbrennen. Seine Beine mußten amputiert werden.

„New York Journal and American“ berichtet, in der Stadt Huntington (Westvirginia) habe der 14jährige James Edminstone seine schlafende Mutter erschossen, ihre Geldbörse mit 12 Dollar an sich genommen und dann das Weite gesucht... In Port Huron (Michigan) brachte der 11jährige John Schiller dem 4jährigen Michael Barden 26 Messerstiche bei.

„Gott hat mir gesagt, daß du heute sterben mußt!“ rief John Schiller dabei aus, wobei er wohl den Helden eines Kriminalromans zitierte, vielleicht sogar eines Romans des gleichen Blochman.

„Daily Compass“ zieht das Fazit der Diskussion zu der von ihm aufgeworfenen Frage mit der Feststellung, die Kriminalromane lockten die Leser dadurch, daß sie ihnen die Flucht vor der Wirklichkeit ermöglichten. Schön muß diese Wirklichkeit aussehen, wenn die Leser der Werke Blochmans vor ihr in die Welt gemeiner Verbrechen flüchten!

DECKEN SIE SICH MIT EINER ALTEN ZEITUNG ZU...

Es ist noch gar nicht lange her, daß die amerikanischen Propagandisten genießerisch die zerstörende Wirkung der Atomwaffe ausmalten! So z. B. versicherte der Republikaner James G. Fulton, Mitglied des Repräsentantenhauses, in Washington in einer Rede, ohne mit der Wimper zu zucken, durch eine Explosion der in den USA vorhandenen Atombombenvorräte könne man die ganze Welt vernichten...

Jetzt aber haben manche überlaute Propagandisten der Atomwaffe plötzlich eine Schwenkung um 180 Grad ausgeführt. Die Atombombe

sei, so heißt es, ein Bluff, ein Unsinn, etwa ein Knallbonbon für Kinder. Reuter meldet aus Frankfurt a. M., in der amerikanischen Armee seien eiligst Vorlesungen veranstaltet worden, um den „Aberglauben und die Angst“ vor der Atombombe zu bekämpfen. Als Richtlinie soll die jetzt in der Armee zur Verbreitung kommende Instruktion „Was tut man bei einem Atomüberfall?“ dienen. Die Verfasser dieser Instruktion beruhigen die erschreckten amerikanischen Soldaten mit folgenden Worten:

„... Aber das Bild ist nicht so schwarz, wie viele Leute jetzt annehmen... Die Atomexplosion gleicht einer gewöhnlichen Explosion... Legen Sie sich hin, möglichst in einen Graben, hinter eine Mauer, in eine Schlucht oder Bodensenkung. Decken Sie sich, wenn es geht, mit irgend etwas zu, das Sie gerade bei der Hand haben, etwa mit einer Regenhaut oder einem Mantel, einer Zeitung oder einem Stück Segeltuch... Das wird Sie vor dem herabfallenden radioaktiven Staub oder Regen schützen.“

Kurz, haben Sie stets ein New Yorker Boulevardblatt in der Tasche, dann sind Sie gerettet!

Eine andere maßgebende Person, der Chef des Sanitätsdienstes der USA-Armee, Generalmajor R. W. Bliss, gibt der Zivilbevölkerung Rezepte (die in der „Chicago Daily News“ abgedruckt sind), und zwar: Kriechen Sie in den Keller oder ins Souterrain, tragen Sie weiße Hosen, denn „weiße Kleidung wirft praktisch alle Wärmestrahlen zurück...“

Es fällt nicht schwer, die Ursachen dieser jähren Wendung zu begreifen. Die Kampagne der Atomernstung ist gescheitert, als es sich herausstellte, daß die USA nicht das Monopol für die Atomwaffe innehaben. Nach einer Äußerung der amerikanischen Zeitschrift „Catholic World“

„haben wir bisher der Welt mit der Atombombe vor der Nase herumgefuchelt, aber niemand als uns selbst einen Schrecken eingejagt“.

Nun sind die feigen Atompropagandisten aus einem Extrem ins andere gefallen. Manche von ihnen schwören jetzt, die Welt habe noch nie etwas Harmloseres als die Atombombe gesehen...

Selbstverständlich ist die Atomwaffe nicht imstande, den Erdball zu sprengen. In einem Kriege kann sie nicht als entscheidende Waffe dienen. Aber sie ist eine barbarische Waffe von großer Zerstörungskraft. Die Menschheit muß vor ihr gerettet werden. Den Weg hierzu hat die Sowjetunion in den Anträgen gewiesen, die sie in der Vollversammlung der UNO eingebracht hat und die ein bedingungsloses Verbot der Verwendung von Atomwaffen und anderen Mitteln zur massenhaften Vernichtung von Menschen vorsehen.

SPIONAGEMINISTER

In der Bonner Marionettenregierung steht der bekannte Reaktionär Jakob Kaiser dem „Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen“ vor. Kürzlich gab er in Bonn eine Erklärung über die Funktionen seines Ministeriums ab.

Kaiser verkündete, er schaffe eine spezielle „Abteilung für Ostfragen“, und diese werde sich damit befassen, alle „Flüchtlinge“ aus Ostdeutschland zu registrieren und auszufragen. Kaiser nimmt diese Flüchtlinge nicht nur in seine Statistik auf, sondern er nimmt sie auch unter seine Fittiche. Er hat erklärt, er werde besonders für diejenigen sorgen, die er echte politische Flüchtlinge aus dem Osten nennt.

Man weiß sehr wohl, was das für echte politische Flüchtlinge sind — entweder geschworene Faschisten und Schieber, denen in der Deutschen Demokratischen Republik der Boden unter den Füßen brennt, oder dort durchgerasselte amerikanische Agenten, die ihre Haut in Sicherheit bringen wollen.

Jakob Kaiser organisiert das „Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen“ offenbar als Hilfsorgan des englisch-amerikanischen Spionagedienstes. Man muß sich doch irgendwie bei den amerikanischen Brotherren lieb Kind machen! Sonst könnte es passieren, daß sie einen an die frische Luft setzen...

In Argentinien

(Reisenotizen)

M. SEWEROW

VON BUENOS AIRES bis Tucumán sind es mehr als 1000 Kilometer. Der Zug legt diese Strecke in weniger als 24 Stunden zurück. Wir durchqueren die Provinzen Buenos Aires, Santa Fé und Santiago del Estero. Es geht durch eine endlose Ebene, Felder, nichts wie Felder. Soweit das Auge reicht nur Weizen und Mais. Kilometerlange Stacheldrahtzäune, die die Besitzungen der einzelnen Eigentümer voneinander trennen.

Nun ändert sich die Landschaft ein wenig. Wir kommen an Weideflächen vorbei. Gewaltige Rinder- und Schafherden. In der Ferne heben sich Reitergestalten ab; nun sind sie schon ganz nahe. Es sind Gauchos, die argentinischen Hirten. Kühn und stark sind diese Menschen, die fast ihr ganzes Leben in der Steppe auf ihren Pferden verbringen. Wie in alten Zeiten dient dem Gaucho in der Nacht der wollgepolsterte Ledersattel als Kissen, Decke ist ihm der am Tag über die Schulter geworfene Poncho. Um den Hals geschlungen trägt der Gaucho sein traditionelles Seidentuch. Ein breitkrempiger Hut und gespornte Stiefel vervollständigen den malerischen Anzug.

Der Gaucho steht sich als Hirt dem Ländarbeiter gleich. Das ganze Jahr über bewacht er zu Pferde die Herden und erhält dafür ein jämmerliches Entgelt. Häufig haust er in einer weit von allen Ortschaften entfernten kläglichen fensterlosen Hütte.

Unendlich die Felder, die man aus dem Wagenfenster sieht. Argentinien ist ein Land des Großgrundbesitzes. Der größte Teil des bearbeiteten Landes gehört einer Handvoll Bodenmagnaten. Die bedeutendsten von ihnen sind Bung y Born, Bemberg, Paz, Dreyfus und Anchorena. 1850 Familien sind Besitzer von Dutzenden Millionen Hektar fruchtbarsten Bodens. Zwei Drittel aller urbaren Flächen werden von Pächtern bearbeitet. So ist Argentinien eigentlich eine Republik von Pächtern, deren es an die 300 000 gibt. Das demagogische Schlagwort der Regierung „Der Boden muß denen gehören, die ihn bearbeiten“, klingt deswegen als bittere Ironie. Die Pächter leben wirtschaftlich in sehr schweren Verhältnissen.

Der Pachtzins ist sehr hoch und erreicht häufig dreißig Prozent des Werts der vom Pächter eingebrachten Erzeugnisse. Die hohen Preise für

Schluß. Anfang siehe „Neue Zeit“ Nr. 43 vom 19. Oktober 1949.

landwirtschaftliches Gerät und Düngemittel machen die Lage noch schlimmer. Da die argentinische Regierung auf dem Binnenmarkt für Weizen, Mais und Flachs kaum die Gesteungskosten deckende Höchstpreise eingeführt hat, wird der Ackerbau unrentabel. Der Staat kauft diese Produkte an und verkauft sie dann auf den Außenmärkten zu Spekulationspreisen weiter. Außerdem sind die Pächter an einer gründlichen Bearbeitung des Pachtlands nicht besonders interessiert. Das Pachtsystem trägt somit zum Niedergang der Landwirtschaft bei, die sich in einem Krisenzustand befindet. Die Krise nimmt zweierlei Form an: die Form des bedeutenden Produktionsrückganges und die der Landflucht. Die Anbaufläche ist im letzten Jahrzehnt um 50 Prozent zurückgegangen. In den Jahren 1928—1938 machte die bearbeitete Fläche 2,3 Hektar pro Kopf der Bevölkerung aus, im Jahrzehnt von 1938—1948 wurden pro Einwohner nur 1,45 Hektar bebaut.

In den Jahren 1938/39 belief sich der Weizenertrag auf 10 318 700 Tonnen, während der Gesamtertrag an Weizen 1946/47 nur 5 615 000 Tonnen ausmachte. Die Flachsernte betrug 1936/37 noch 1 977 900 Tonnen, während sie 1947/48 lediglich auf 942 000 Tonnen kam. An Mais wurden 1936/37 8 840 200 Tonnen geerntet, 1947/48 dagegen nur 5 814 700 Tonnen, womit sich der Maisertrag um ein Drittel verringert hat.

Der ehemalige Vorsitzende des Volkswirtschaftsrats, Miranda, behauptete, als er 1948 den Marshallplan pries, die Verringerung der Weizenausfuhr erkläre sich durch den gesteigerten Weizenkonsum im Lande selbst. Das ist eine notorische Lüge. Die Weizenausfuhr ist infolge der Verringerung der Getreideproduktion zurückgegangen. Was den Marshallplan angeht, so ist er wie ein Dolch gegen Argentinien gerichtet. Die marshallisierten Länder Europas, die früher Viehzüchterzeugnisse und sonstige landwirtschaftliche Produkte in Argentinien ankauften, können das jetzt nicht tun, da sie verpflichtet sind, diese Produkte aus den USA einzuführen.

Um landwirtschaftliche Erzeugnisse, die in den USA selbst nicht zureichen, auf den Märkten der marshallisierten Länder Europas absetzen zu können, muß Argentinien ungünstige Verkaufsbedingungen akzeptieren. Und so ist denn tatsächlich die Weizenausfuhr aus Argentinien im letzten

Jahr stark zurückgegangen. Wurden vom 1. August 1947 bis zum 1. August 1948 insgesamt 2 612 400 Tonnen ausgeführt, so waren es vom 1. August 1948 bis zum 1. August 1949 nur noch 1 678 395 Tonnen.

Die schweren Verhältnisse, in denen die Pächter, besonders aber die Landarbeiter leben müssen, zwingen sie, den Boden aufzugeben und in die Städte zu ziehen. Die massenhafte Landflucht nimmt der Landwirtschaft die Arbeitskräfte und verwandelt die Felder, besonders die weit von großen Ortschaften gelegenen Flächen, in Ödland. In einer Anzahl Provinzen gibt es viele Dörfer, in denen nur arbeitsunfähige Greise zurückgeblieben sind. Diese Landflucht wird für die argentinische Wirtschaft verhängnisvoll.

* * *

Tucumán ist eine schöne Stadt inmitten üppiger Natur. Man nennt sie den „Garten der Republik“. Hier wurde am 9. Juli 1816 die politische Unabhängigkeit Argentiniens proklamiert. Am 9. Juli 1947 verlas General Peron in der gleichen Stadt feierlich in Anwesenheit des diplomatischen Korps eine Proklamation über die wirtschaftliche Unabhängigkeit Argentiniens. Die Regierungspresse erging sich aus Anlaß dieser Feier in schwülstigen Phrasen über die vorgeblichen Erfolge bei der wirtschaftlichen Entwicklung Argentiniens und in verlogenen Versicherungen über seine Befreiung von der Unterdrückung durch das Auslandskapital.

Die zwei Jahre, die seit Verlesung dieser Deklaration verfließen sind, zeigten die schamlose Verlogenheit dieser amtlichen Erklärungen. Argentinien, einer der größten Weizen-, Mais- und Flachserzeuger der Welt, schränkt die Erzeugung dieser Pflanzensorten schroff ein. Im Rückgang begriffen ist nicht nur die Getreideproduktion, sondern auch der Getreideexport, die wichtigste Zahlungsmittelquelle Argentiniens. Es mangelt im Lande an Maschinen und Mechanismen, an Eisen und Stahl für den Aufbau neuer Betriebe; es mangelt an industriellen Einrichtungen für Erdölraffinerien; es mangelt an Rohstoffen für die bestehenden Industriebetriebe; es mangelt an Treibstoff; es mangelt an Devisen für den Ankauf von Waren, die für die argentinische Wirtschaft unentbehrlich sind. Die Kaufkraft des Peso verringert sich mit jedem Tag. Der Goldvorrat Argentiniens ist von 1 176 000 000 Dollar im Jahre 1945 auf 140 000 000 Dollar im November 1948 zurückgegangen. Das Gold fiel den amerikanischen Bankiers in die Hände. Dafür erhielt Argentinien alte Lastkraftwagen und Spielzeug.

* * *

Die Wirtschaftslage Argentiniens und seine Außenpolitik wird durch wachsende Abhängigkeit von der Wall Street und die Kapitulation vor den Vereinigten Staaten gekennzeichnet. Die Washingtoner Regierungskreise fordern von Argentinien den Abbruch der Handelsbeziehungen zur Sowjetunion und zu den Ländern der Volksdemokratie sowie Anschluß an Trumans Plan zur Vereinheitlichung der Rüstungen der amerikanischen Länder. Hierbei bedienen sie sich verschiedenartigster Methoden des Drucks auf die Peronregierung, von der Aufhetzung der Marionettenregierungen Chiles und Brasiliens gegen Argentinien bis zur Inszenierung von „Attentaten“ auf Peron, wie es im September 1948 der Fall war.

Am 2. September 1947 unterzeichnete die argentinische Regierung den Interamerikanischen Vertrag über gemeinsame Verteidigung, den Riopakt, durch den Argentinien verpflichtet wird, sich in jedes verbrecherische Abenteuerunternehmen der Imperialisten gegen freie Völker einzulassen. Der Wall Street zuliebe äußerte Peron sich billigend über den aggressiven Nordatlantischen Vertrag und erklärte seinen Washingtoner Gönnern, Argentinien sei bereit, auf seinen Krieg mit den USA zu führen.

Die USA-Monopole kontrollieren die lebenswichtigen argentinischen Industriezweige, darunter die Elektrizitäts-, Fleischkonserven- und Textilindustrie, die chemische Industrie u. a. Nicht genug damit, leiten die Agenten der Wall Street in den argentinischen Regierungskreisen laut einem kürzlichen Geständnis des argentinischen Botschafters in den USA, Remorino, neue wirtschaftliche Zugeständnisse in die Wege, die eine noch weitergehende Durchdringung durch das USA-Kapital sicherstellen sollen.

Die traditionellen Geschäftsverbindungen der argentinischen Viehzüchter und Großgrundbesitzer mit dem englischen Markt zwingen die Peronregierung, auch der Londoner City Zugeständnisse zu machen. Argentinisches Fleisch wird in England zu einem Spottpreis verkauft, wobei die Peronregierung den Viehzuchtunternehmern und den Verkehrsgesellschaften gewaltige Zuschüsse zahlt.

Die Washingtoner Behörden, die nach unumschränkter Herrschaft in Argentinien streben, mischen sich unverfroren in die Angelegenheiten dieses Landes ein. Während der jüngsten englisch-argentinischen Verhandlungen, die am 27. Juni 1949 mit dem Abschluß eines neuen Handelsabkommens endeten, erhoben die USA gegen einige Klauseln des Abkommens Protest. Diese Bestimmungen wurden gemildert, und Peron gab eine beschwichtigende Erklärung ab.

Aus Liebedienerei vor der englisch-amerikanischen Reaktion öffnet die Peronregierung Kriegsverbrechern und Faschisten aller Schattierungen bereitwillig Tür und Tor. Asyl und Schutz fanden in Argentinien Alexander Zankoff, der Henker des bulgarischen Volkes, der Faschist Stojadinović früher jugoslawischer Ministerpräsident, Manyadakis, ein Henker der griechischen Arbeiter, und viele andere Erzreaktionäre, die alle möglichen Ränke gegen die Völker spinnen.

Die Peronregierung erweist Francospanien weitreichende wirtschaftliche und politische Unterstützung. Bei der Debatte zur „spanischen Frage“ in den Sitzungen der Vollversammlung der Vereinten Nationen setzte sich die argentinische Delegation für das Francoregime ein. In den letzten Jahren erhielt die Madrider Regierung von Argentinien Anleihen und Handelskredite im Gesamtwert von zweieinhalb Milliarden Peso. Die argentinischen Kapitalisten hofften, sich so die herrschende Position auf dem spanischen Markt verschaffen zu können. Ihre Hoffnungen sind jedoch gescheitert. Es sind die nordamerikanischen Imperialisten, die Francospanien immer mehr in Beschlag nehmen. Für Argentinien bleibt kaum noch etwas übrig.

* * *

Schamlose soziale Demagogie ist ein Charakterzug des in Argentinien bestehenden Regimes. Mit dieser Demagogie will die Regierung ihre Politik der brutalen Unterdrückung aller in der Verfassung fixierten demokratischen Freiheiten und Rechte des Volkes verdecken.

Kennzeichnenderweise demolierten am 16. März 1949, als Peron den feierlichen Eid auf die neue Verfassung leistete, faschistische Banden die Räumlichkeiten der argentinischen Liga für Menschenrechte. Wenige Tage später verboten die Polizeibehörden widerrechtlich die Abhaltung eines Kongresses der Slawischen Union, wobei sie viele Delegierte verhafteten und die Union sowie die ihr angeschlossenen slawischen Organisationen für aufgelöst erklärten. Am 3. April verübten die Faschisten einen Überfall auf das Haus des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Argentiniens. Bei diesem Überfall wurden zwei Kommunisten, die das Gebäude bewachten, ermordet, Möbelstücke demoliert und viele Dokumente geraubt. Auch das Gebäude des Bezirkskomitees der Kommunistischen Partei in Tucumán wurde von Faschisten überfallen; sie verbrannten mehr als 3000 Bücher und vernichteten anderes Eigentum. Am 20. Juni verübten die Faschisten einen Überfall auf die Räumlichkeiten des Verbands argentinischer Frauen.

Überfälle durch faschistische Banden, Ermordungen von Mitgliedern der Kommunistischen Partei, Verhaftungen von Leitern demokratischer Organisationen und Gewerkschaften, Folterungen in der Polizei kennzeichnen die faschistischen Methoden der Peronregierung. Es ist kein Zufall, daß diese Regierung sich mit Francos Blutregime verbrüderet, es ist kein Zufall, daß es in Argentinien zahlreiche weitverzweigte faschistische Organisationen gibt, die aktive Wahlarbeit leisten.

Das argentinische Volk läßt sich aber weder bezwingen noch einschüchtern. Der Kampf für den Frieden und die demokratischen Freiheiten wächst und erstarkt.

Auf dem Weltkongreß der Friedensanhänger in Paris war Argentinien durch 20 Delegierte vertreten, darunter fünf Frauen, die sich rege an der Arbeit des Kongresses beteiligten. Die argentinischen Delegierten überreichten dem Kongreß ein von 250 000 argentinischen Männern und Frauen, Arbeitern, Angestellten und Geistesschaffenden, Menschen verschiedener politischer Überzeugungen und religiöser Anschauungen unterzeichnetes Begrüßungsschreiben. Der Verband argentinischer Frauen leistet eine gewaltige Arbeit zum Schutz des Friedens. In kurzer Frist sammelten die Aktivistinnen dieses Verbands mehr als 100 000 Unterschriften zum Schutz des Friedens. Sie mußten es unter schwierigsten Bedingungen tun: die Polizei verfolgte alle, die an dieser Arbeit beteiligt waren; Versammlungen, auf denen Unterschriften gesammelt werden sollten, wurden verboten, viele Aktivistinnen, die die Friedensidee propagierten, verhaftet. Das berichtete die argentinische Delegierte Irma Olxar auf dem Pariser Kongreß.

Der Verband argentinischer Frauen organisierte ein Schülerpreisausschreiben um die beste Zeichnung zum Thema „Weshalb die Kinder den Frieden lieben und verteidigen müssen“. Tausende Zeichnungen liefen zu diesem Preisausschreiben ein. Ein neunjähriger Schüler der 2. Klasse schrieb auf seine Zeichnung die Worte:

„In der Schule erzählte der Lehrer, zu Hause meine Mama davon, wie erhaben der Frieden ist. Ich liebe den Frieden und will, daß er ewig ist.“

Auf den Straßen vieler argentinischer Städte, an den Häusermauern kleiner Siedlungen, selbst auf dem Asphalt der Autostraßen sahen wir die Worte stehen: „Frieden — ja! Krieg — nein!“. Die kommunistische Zeitung „La Hora“ veranstaltete eine Umfrage unter tausenden Angehörigen verschiedenster Bevölkerungsschichten, und alle antworteten auf die Frage „Frieden oder Krieg?“ wie ein Mann: „Frieden, nur Frieden.“

Das Friedensstreben der fortschrittlichen Intelligenz Argentiniens äußert sich in den Manifesten der Schriftsteller und Künstler zum Schutz des Friedens, die von Ernesto Castro, Juan Ortiz, dem im Exil befindlichen spanischen Dichter Rafael Alberti, dem Künstler Antonio Berni, dem Karikaturisten Manuel Cantor und vielen anderen unterzeichnet wurden.

Die argentinischen Arbeiter haben Friedenskomitees gebildet, zu denen Vertreter der Werke und Fabriken, der Gewerkschaften und der Arbeitsviertel gehören.

Die für den Frieden kämpfenden Organisationen halten es für notwendig, ihre Aktionen zum Schutz des Friedens zu koordinieren, die auf den Frieden gerichteten Bemühungen des ganzen Landes zusammenzuschließen und zu diesem Zweck einen Landeskongreß der Friedensanhänger einzuberufen. Bei der Ausführung dieses ihres Bestrebens, einen umfassenden koordinierten Kampf für den Frieden zu führen, stoßen die demokratischen Organisationen jedoch auf große Schwierigkeiten.

Die Leiter der argentinischen Arbeitskonföderation, die die Mehrzahl der Gewerkschaften vereinigt und ganz in den Händen der Regierung ist, verbieten den Gewerkschaften, die Friedensbewegung zu unterstützen. Die argentinischen Behörden suchen, mit allen Mitteln jede auf den Schutz des Friedens abzielende Tätigkeit zu verhindern. Anfang August wurde in Rosario ein Kongreß der Friedensanhänger aufgelöst, dessen Einberufung von den Behörden zuvor erlaubt worden war. Die Kongreßorganisatoren, die Redner sowie viele Delegierte wurden verhaftet. Die Polizei verfolgt die Friedensanhänger, verhaftet sie, löst Friedenskongresse auf, verbietet Friedensideen propagierende Zeitungen. Dagegen können sich faschistische Organisationen in Argentinien ungehindert versammeln, um Hitler und Mussolini zu preisen und zu einem neuen Krieg aufzurufen. Die Polizei hindert die in Buenos Aires erscheinende Zeitung der Hitlerfaschisten, „Der Weg“, nicht, in ihren Spalten eine Flut von Verleumdungen über

die für den Frieden kämpfenden Staaten auszuüben und zu einem Krieg gegen die Sowjetunion zu hetzen.

• Das argentinische Volk erklärt: „Argentinien will Frieden“, Peron aber zerrt das Land in den aggressiven Kriegsblock des USA-Imperialismus

* * *

Wo immer wir auch waren, in Buenos Aires, in Tucumán, in Mar del Plata — überall sahen wir das gewaltige Interesse und die Sympathien der Bevölkerung für die Sowjetunion. Es wird in Argentinien immer schwerer, sich objektive Informationen über die Sowjetunion zu verschaffen. Die amtliche Presse verschweigt entweder die Erfolge der Sowjetunion oder verleumdet unser Land, indem sie die Insinuationen der englischen und der amerikanischen Nachrichtenagenturen wiederholt. Die Zeitungen, die von der Ukrainischen und von der Bjelorussischen Föderation herausgegeben wurden, sind jetzt verboten.

Selbst zur Zeit der faschistischen Diktatur des Präsidenten Castillo, des Generals Ramirez und des Generals Farrell wurden in Argentinien Sowjetfilme vorgeführt, die das Leben im Lande des Sozialismus zeigten. Der Film „Regenbogen“ lief im besten Lichtspielhaus der argentinischen Hauptstadt mehrere Monate lang vor überfülltem Saal. Ebenso gewaltigen Erfolg hatte er auch in andern Städten Argentiniens. Jetzt haben die Behörden Vorführungen dieses Films verboten. Dem Verbot verfallen sind auch die Sowjetfilme „Iwan IV.“, „Alexander Newski“, „Der große Umschwung“, „Die steinerne Blume“ und viele andere, die noch vor kurzem in den argentinischen Kinos liefen und verdienten Erfolg hatten.

Wie die Brandstifter eines neuen Krieges und ihre Handlanger sich auch immer anstrengen mögen, um die Verbreitung der Wahrheit über die Sowjetunion in Argentinien zu verhindern, diese Wahrheit dringt doch zum Volke vor. Als wir in Argentinien waren, hörten wir immer wieder die Worte: „Wir Argentinier sind für den Frieden. Wir stehen auf der Seite der Sowjetunion.“

KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

Churchills Sendbote bei der Titoclique

V. BERESHKOW

IM SEPTEMBER dieses Jahres wurde der Londoner Büchermarkt um einen Wälzer des Generals Fitzroy Maclean bereichert, der den zugkräftigen Titel trägt: „Zugangsstraßen nach Osten“ (Eastern Approaches).*

Maclean, Mitglied der konservativen Parlamentsfraktion, ist britischer Diplomat und Spion in einem. Sein Buch stellt so etwas wie ein Tagebuch vor. Es ist in drei Teile gegliedert: der erste umfaßt Macleans Aufenthalt in der Sowjetunion in den Jahren 1937—1939; der zweite Teil behandelt den Feldzug in Nordafrika; der dritte die Abenteuer Macleans in Jugoslawien, wo er die britisch-amerikanische Militärmission beim Stab Titos leitete.

Maclean besuchte die aristokratischen Lehranstalten von Eton und Cambridge und trat dann in den diplomatischen Dienst. Schon mit 23 Jahren, 1934, wurde er zum dritten Sekretär der britischen Botschaft in Paris ernannt. Im Jahre 1937 erhielt er einen Posten in Moskau.

Die englische Botschaft in Moskau war stets eine Brutstätte antisowjetischer Intrigen. Maclean begriff rasch, was seinen Vorgesetzten gefiel. Er wurde einer der Hauptlieferanten aller erdenklichen verleumderischen Berichte, die er emsig aus unsinnigen Gerüchten, gewürzt mit eigenen Erfindungen, zusammenbraute. Wie Maclean selber zugibt, bezog er vor seiner Ernennung nach Moskau seine Kenntnisse über die Sowjetunion von

„weißen Emigranten beiderlei Geschlechts, die man in den Nachtclubs jedweder Hauptstadt der Welt antreffen kann und die zu jener Zeit besonders ausgiebig in Paris vertreten waren“ (S. 16—17).

In Moskau angelangt, versuchte Maclean keineswegs, das Land objektiv zu studieren. Neben schwarzem Kaviar interessierte ihn vor allem Wodka. Wodka genoß er, wie er selber zugibt, in beträchtlichen Mengen.

Maclean tut des Sowjetvolks nicht einmal Erwähnung: derer, die eine mächtige Industrie und die vorgeschrittenste sozialistische Landwirtschaft der Welt geschaffen haben, der begeisterten Erbauer des Dnjepirkraftwerks, der Helden beispielloser Ernteerträge, der Schöpfer der erstklassigen Moskauer Untergrundbahn. Bei Beschreibung der

Jahre 1937—1939 hat er es fertigbekommen, die grandiosen Bauten der Stalinschen Fünfjahrpläne mit keinem Wort zu erwähnen.

Was interessierte Maclean im Sowjetland? Vielleicht die neue, sozialistische Kultur, die Kunst, die Literatur? Nicht im geringsten! Ihn zog ganz anderes an...

Es ist aus Macleans Buch ersichtlich, daß er während seines Aufenthalts in der Sowjetunion seine Kräfte auf dem Gebiet der Spionage erprobte.

Bis ins kleinste beschreibt Maclean, wie er in der Hoffnung, die Sowjetbehörden zu betrogen, in einem abgetragenen Anzug verstoßen in Swerdlowsk aus einem Waggon des Transsibirischen Expreß schlüpfte, dann von einem Zug in den andern umstieg und sich so nach Alma-Ata, Taschkent, Samarkand und Buchara durchschlug. Maclean sucht sich als großen Helden aufzuspielen, ohne zu bemerken, daß er sich in Wirklichkeit wie ein jämmerlicher Hanswurst ausnimmt.

Die regierenden Kreise Englands wußten Macleans Eifer zu schätzen. Im Jahre 1938 belohnte ihn das Foreign Office mit dem Rang eines zweiten Sekretärs, während die Führer der Konservativen Partei ihm ein Parlamentsmandat zuschanzten.

Die englischen Imperialisten betrachteten diesen Diplomaten und gleichzeitigen Spion als geeigneten Anwärter zur Ausführung schmutzigster Aufträge. Als es den britischen Behörden 1942 nötig schien, den ihnen nicht genehmen iranischen General Sahidi aus seiner Residenz in Isfahan zu entführen, wurde mit diesem Menschenraub Maclean betraut, der es zu jener Zeit schon vermocht hatte, den Diplomatenfrack gegen die Uniform eines Offiziers des Intelligence Service einzutauschen.

Was Wunder, daß London und Washington den Abenteurer Maclean als geeigneten Kandidaten für die Herstellung des Kontakts mit der Titobande betrachteten? Gut die Hälfte seines Buchs hat Maclean seiner Tätigkeit in Jugoslawien gewidmet.

Den delikaten Auftrag, sich mit den Verrätern des jugoslawischen Volks zu verständigen, erhielt Maclean von Churchill persönlich, der ihn auf seinen Landsitz in Chequers einlud und ihm dort, so schreibt Maclean, mitteilte, „was ich seinem

* Eastern Approaches. By Fitzroy Maclean. Pp. 544. London, 1949.

Wunsch gemäß in Jugoslawien versuchen und ausführen sollte“ (S. 281).

Maclean beschränkt sich auf diese kurze Bemerkung. Aber jetzt ist es schon weltbekannt, was Churchill eigentlich wollte. Im Budapester Prozeß gegen den Hochverräter Rajk und seine Kumpane hat Lazar Brankov, der frühere Gesandtschaftsrat der jugoslawischen Mission in Ungarn, in seinen Aussagen gestanden, daß die englisch-amerikanischen Imperialisten schon während der Kriegszeit

„danach trachteten, Jugoslawien und dann auch die Nachbarstaaten — Bulgarien, Rumänien, Ungarn — dem englisch-amerikanischen Einfluß unterzuordnen... Sie beschlossen, Tito, Kardelj, Ranković und Djilas mit Vermittlung von Mitgliedern der Militärmissionen auf ihre Seite zu ziehen und mit deren Hilfe Jugoslawien, das jugoslawische Volk ihrem Einfluß zu unterwerfen, Jugoslawien in eine Kolonie oder Halbkolonie umzuwandeln.“

Das war der Plan Churchills. Zu seiner Verwirklichung wurde nun Maclean auserkoren. Man ernannte ihn zum Chef der englisch-amerikanischen Militärmission beim Stab Titos. Späterhin wurde auch Churchills Sohn, Randolph Churchill, in diese Mission eingereiht.

Als Brankov über die Spionagetätigkeit der Agenten des britischen und des amerikanischen Nachrichtendienstes berichtete, die mit Titos Zustimmung Jugoslawien überschwemmten, betonte er vor Gericht besonders die Rolle Macleans als des Hauptpräsidenten Churchills. Seine Tätigkeit beschränkte sich nicht auf das Sammeln von Spionageangaben. Die Pläne der englisch-amerikanischen Imperialisten sahen die Schaffung einer „Balkanföderation“, geführt von einem Jugoslawien unter Tito, vor.

Churchill trug sich damals mit seinem abenteuerlichen Plan einer Invasion nach Europa über den Balkan. Dies Vorhaben war darauf berechnet, nicht zuzulassen, daß die Länder Südosteuropas, welche die englisch-amerikanischen Imperialisten in ihre Vasallenbesitztümer umwandeln wollten, von der Sowjetarmee befreit würden. Die schmutzige Rolle, mit der Maclean beim Stab Titos betraut worden war, bildete einen wesentlichen Bestandteil dieser Pläne Churchills. Die jetzt bekanntgewordenen Tatsachen werfen auf alles, was Maclean in seinem Buch vorsätzlich verschweigt, ein grelles Schlaglicht.

Maclean muß natürlich über das Geheimabkommen Titos mit den englisch-amerikanischen Imperialisten informiert gewesen sein. Aber er hütet sich selbstverständlich, hierüber offen zu sprechen. Und dennoch lassen einzelne, gleichsam nebenbei fallengelassene Worte, halbe Geständnisse und Charakteristiken, die Maclean über Tito und dessen Umgebung äußert, keinen Zweifel daran bestehen, daß die Rolle, die die Verräter der

jugoslawischen Völker den englisch-amerikanischen Imperialisten zu Gefallen übernommen hatten, ihm bekannt war.

Maclean ist von Tito entzückt. Nach seiner ersten Begegnung vermerkt er voller Genugtuung, dies sei halt nicht jene „Kommunisten sorte“, die er in Moskau gesehen hatte. Er schreibt:

„Vor allem galt es natürlich, eine gemeinsame Sprache zu finden. Das machte, wie ich fand, keine Schwierigkeiten.“ (S. 308.)

Es handelte sich selbstverständlich nicht nur darum, in welcher Sprache man sich verständigen sollte. Die „gemeinsame Sprache“ zwischen dem Judas Tito und dem englisch-amerikanischen Spion war sogleich auch in weiterem Sinne gefunden.

Tito gewährte Maclean auf jugoslawischem Gebiet volle Handlungsfreiheit. Er ging darauf ein, jedem Partisanenverband britische und amerikanische „Verbindungsoffiziere“ beizuordnen, die mit Sendeapparaten versehen waren. Ihre Zahl nahm ununterbrochen zu. Belief sich Macleans Mission anfangs auf 15 Personen, einschließlich seines Stellvertreters, des amerikanischen Majors Linn Farish, so überschritt die Gesamtzahl der englisch-amerikanischen „Verbindungsoffiziere“ in Kürze eine Hundertschaft. Später wurde zur Ergänzung für Macleans Gruppe eine spezielle amerikanische Militärmission unter Leitung des Obersten Ellery C. Huntington nach Jugoslawien entsandt. Diese Militärmissionen haben, wie jetzt durch die Dokumente des Budapester Prozesses bekanntgeworden ist, Spionagemitteilungen nicht nur über Jugoslawien, sondern auch über die Sowjetarmee gesammelt und nach London und Washington weitergeleitet.

Maclean durchschaute den Schwadronneur Tito samt dessen maßlosem Eigendünkel sehr bald. Nach kurzer Zeit waren sie schon unzertrennliche Zechkumpare. Wir erfahren aus dem Buch, wie Maclean unter Ausnutzung der Vorliebe Titos für starke Getränke ihm mit Leichtigkeit jegliche Zusage abgewann. Maclean schreibt:

„Während der ganzen Dauer meines Aufenthalts in Jugoslawien hatte ich jederzeit die Möglichkeit, Tito zu sehen, und ich nutzte das ohne Schwanken aus... Wir kamen zu guter Letzt immer zu einem Einverständnis.“ (S. 526.)

Arso Iovanović, dem treuen Sohn des jugoslawischen Volkes gegenüber, der damals Generalstabschef der Partisanentruppen war, empfand Maclean natürlich nicht nur Abneigung, sondern auch Furcht. In seinem Buch erscheint Iovanović als „unfreundlicher“, „jeder Phantasie barer“ Mensch, „der Tito nicht wirklich nahestand“. Dafür waren Kardelj, Ranković und Djilas —

diese Henker — ganz nach dem Geschmack des englischen Kundschafters.

Bereits in den ersten Tagen des Aufenthalts bei Tito kam Churchills Emissär auf „Politik überhaupt“ zu sprechen und erkundigte sich, ob das Nachkriegsjugoslawien der Sowjetunion nicht allzu nahe stehen werde. Die Antworten gaben Maclean Anlaß zu der Schlußfolgerung, daß Tito bereit sei,

„mit der Zeit mehr Nationalist und weniger Kommunist zu werden“ (S. 316).

Wie man sieht, verstanden Maclean und Tito einander rasch.

Churchill wußte sehr wohl, mit wem er es zu tun hatte. Als Maclean bei einer Zusammenkunft mit Churchill die Befürchtung äußerte, daß in Jugoslawien vielleicht eine wirklich kommunistische Regierung zustande kommen könnte, beeilte Churchill sich, ihn zu beruhigen. Er erklärte:

„Je weniger Sie und ich uns um die Regierungsform kümmern, die sie dort schaffen werden, um so besser.“ (S. 403.)

Maclean deutet diese Bemerkung seines Lehrmeisters in dem Sinne, daß mit Hilfe Titos „der Nationalismus über den Kommunismus triumphieren wird“ (S. 403).

Tito führte die Befehle der englisch-amerikanischen Imperialisten widerspruchlos aus. Hier ein charakteristisches Beispiel: kurz vor der Kapitulation Deutschlands erhielt Maclean den Befehl, die sogenannte Operation „Ratweek“ durchzuführen. Es handelte sich um die Zerstörung der jugoslawischen Haupteisenbahnstrecke Skoplje—Niš—Belgrad und einer Reihe anderer sehr wichtiger Kommunikationen. Die Ereignisse, die dem folgten, warfen ein Schlaglicht auf den Zweck dieses Befehls, der unter dem Deckmantel der Notwendigkeit, den Rückzug der Deutschen nach Mitteleuropa aufzuhalten, erteilt worden war. Erstens suchten Londons und Washingtons militärisch-politische Strategen die Befreiung Jugoslawiens nach Möglichkeit hinauszuschieben, um sich dort besser verschanzen zu können. Zweitens wollten sie der Wirtschaft des Landes größtmöglichen Schaden zufügen und hierdurch Tito helfen, unter Berufung auf die Notwendigkeit des Empfangs wirtschaftlicher „Hilfe“ vom Westen weiterhin die Politik des Kuhhandels mit den englisch-amerikanischen Imperialisten zu treiben. So verbrecherisch dieser Plan auch war, Tito pflichtete seiner Ausführung widerspruchlos bei. Brücken, Viadukte und Bahndämme flogen in die Luft. Hunderte Kilometer Eisenbahngleise wurden vernichtet, Dutzende Stationen zerstört. Nach Macleans Zeugnis beteiligte sich die britisch-amerikanische Luftwaffe hieran besonders aktiv.

Maclean sieht sich genötigt anzuerkennen, daß viele Kommandeure von Partisanenabteilungen sich an Ort und Stelle weigerten, die volksfeindlichen Pläne der englisch-amerikanischen Strategen auszuführen. Solche Menschen bezichtigte Maclean einer Sabotage der „Zusammenarbeit“, und mit Hilfe Titos erreichte er stets, was er wollte.

Tito befolgte die Ratschläge seiner imperialistischen Gebieter in Fragen nicht nur militärischen oder außenpolitischen Charakters, sondern auch rein interner Art. Maclean beschreibt insbesondere, wie Churchill im Sommer 1944 bei einer Zusammenkunft mit Tito in Neapel diesem die Weisung erteilte, keinen Kampf gegen die Großbauern zu führen. Churchill sagte:

„Ich hoffe, daß Sie, Marschall, es sich doppelt überlegen, bevor Sie einen Kampf gegen Ihre sturen serbischen Bauern aufnehmen.“ (S. 466.)

Der Marionetten„marschall“ ist dieser Weisung bekanntlich nachgekommen. Er nahm Kurs darauf, das Großbauerntum zur Hauptstütze seines faschistischen Regimes zu machen.

Trotz Macleans Bemühungen, Tito als „Nationalhelden“ hinzustellen, ersteht vor dem Leser die Gestalt eines folgsamen Lakaien der englisch-amerikanischen Kapitalisten, eines selbstzufriedenen und habgierigen Spießers, der sein eigenes Wohlergehen über alles stellt. Widerwärtig ist dieser imperialistische Schleppenträger, wenn er, nach Empfang einer persönlichen Botschaft Churchills, beim Anblick der dem Schreiben beigelegten Churchillphotographie nebst eigenhändiger Unterschrift seine Visage zu speichelleckerischem Grinsen verzieht.

Abstoßend in seinem Zynismus und seiner Feigheit war Titos Beschluß, in den für die Partisanen schwierigen Tagen aus dem jugoslawischen Staatsgebiet zu flüchten und bei den britisch-amerikanischen Behörden Schutz zu suchen, die Tito und seine Bande somit noch fester an sich zu binden hofften. Nur die Einmischung der sowjetischen Befehlsstellen, denen die Interessen des heroischen jugoslawischen Volks am Herzen lagen, vereitelte diesen Plan. Maclean schreibt hierüber mit unverhohlener Gereiztheit.

Besonders lächerlich und widerlich wirkte Tito, als er sich nach der Befreiung der Hauptstadt durch die Sowjettruppen in dieser etabliert hatte. Er bezog Prinz Pauls früheres Palais. Berauscht von dem Luxus, in dem er untergetaucht war, geleitete Tito Maclean durch alle Stockwerke des Palais vom Dachboden bis zum Keller, wobei er ihm Bettwäsche mit Königsmonogrammen, Geschirr, Möbel und Bilder zeigte. Die Vergnügungen der Titoclique dünkten selbst Maclean, der

mancherlei gesehen hat, „beispiellos in ihrem Luxus“.

Und all dies geschieht in dem verheerten, blut- und tränenüberströmten Jugoslawien.

Macleans Buch, das alle Zubehöre eines minderwärtigen Abenteuerromans hat, enthält eine Menge Einzelheiten, die sich wie schreiende Selbstanpreisung ausnehmen. Die eigene Person des Verfassers steht durchaus im Vordergrund. Aber der Verfasser hat offensichtlich noch ein anderes Ziel verfolgt. Wenn Maclean sein Buch gerade jetzt herausgab, tat er es zweifelsohne in der Hoffnung, Titos Ruf etwas auffrischen zu

können. Seinem Werk hat der Hauptkriegsbrandstifter seine in der Geschichtsfälschung vielerfahrene Hand geliehen. Der Name Winston Churchills steht an erster Stelle im Verzeichnis derer, denen Maclean im Vorwort seinen Dank „für die lebenswürdige Durchsicht und die Bemerkungen“ zu seinem Buch ausspricht.

Sowohl Maclean als auch Churchill haben ihren Belgrader Knechten fürwahr einen Bärendienst erwiesen. Ihre Lobesworte brennen wie Judasküsse auf der Stirn des Henkers Tito und seiner Spießgesellen, dieser Verräter an den freiheitliebenden Völkern Jugoslawiens.

LESERBRIEFE

Panislamische Pläne eines „Welt“kalifats

In der letzten Zeit wird im muslimischen Orient wieder künstlich das Interesse für Pläne zur Schaffung eines muslimischen „Welt“staats geschürt, an dessen Spitze ein Kalif stehen soll.

Abdullah, König von Transjordanien, unternahm im August eine Reise nach Teheran und wiederholte in der iranischen Hauptstadt immer wieder seinen Entschluß, „eine Allianz der muslimischen Länder zu organisieren“.

Der Vorsitzende der Moslemliga Pakistans, Chaldri Khalik es-Saman, und der Vorsitzende des Verbandes der Moslemjugend, Mohammed Salih Harbo-Pascha, riefen ihrerseits zur Schaffung eines muslimischen „Welt“staats auf. Zu diesem Zweck hat Khalik es-Saman eine Tournee durch den Nahen und Mittleren Osten angetreten. Er war bereits im Iran, im Irak und in Transjordanien, wo er, nach einer Meldung der in Pakistan erscheinenden Zeitung „Doon“ vom 14. Oktober, Verhandlungen über die Bildung eines „muslimischen Weltblocks“ führte.

In einer Meldung über Geheimverhandlungen wegen der Schaffung eines Kalifats nannte die iranische Zeitung „Sedaye Mardom“ schon am 4. August als mögliche Kalifen-Anwärter den König von Transjordanien, Abdullah, den König von Ägypten, Faruk, und den König von Saudisch-Arabien, Ibn Saud.

Hinter Abdullahs Rücken geistert natürlich der Schatten des britischen Imperialismus. Andererseits genießen Ibn Saud und Faruk den Beistand der USA.

Mit dem Problem der Vereinigung der muslimischen Länder befaßte sich auch vor kurzem die Londoner Konferenz der britischen diplomatischen Vertreter im Nahen und Mittleren Osten. Sie beschäftigte sich hiermit unter einem bestimmten Gesichtswinkel: eine Zentralfrage dieser Konferenz war, der Tel-Aviv Zeitung „Yedioth Ahro-noth“ zufolge,

„der Kampf gegen die wachsende kommunistische Bewegung im muslimischen Orient und die Schaffung eines antikomunistischen Blocks an Stelle der absterbenden Liga der arabischen Länder“.

Zweifelsohne hat die Schwäche der Liga es bedingt, daß die Idee der Schaffung eines muslimischen „Welt“staats in den Vordergrund gerückt wurde. Das politische Denken der modernen Imperialisten, die um die Erhaltung der Puffer ihrer Kolonialherrschaft besorgt sind, wendet sich

immer häufiger den Erfahrungen der Vergangenheit zu, mögen diese auch diskreditiert sein. Jetzt werden abermals Versuche unternommen, den Panislamismus zu verwerten, um die Mohammedaner durch Ausnutzung ihrer religiösen Gefühle stärker zu knechten und auf den Kampf gegen die fortschrittlichen Bewegungen einzustellen.

Die Interessen der herrschenden feudal-bürgerlichen Spitzenclique der muslimischen Länder, dieser Trägerin der hinfälligen Ideen des Panislamismus, und die politischen Ziele der Kolonisatoren sind in der Hauptsache identisch: sowohl die einen wie die anderen wollen die wirtschaftliche und kulturelle Rückständigkeit der Orientländer konservieren, die sie zu ständigen Absatzmärkten für die Metropolen, zu Lieferanten von Rohstoff und billigen Arbeitskräften macht. Durch Schürung des religiösen Fanatismus der Bevölkerung hoffen die Reaktionäre gleichzeitig, in diesem Fanatismus ein Gegengift gegen die Weiterverbreitung der vorgeschrittenen Gegenwartsideen in den Massen zu finden.

Daß der Panislamismus ein Werkzeug in den Händen der Ausbeuter und der Imperialisten ist, wird durch die Geschichte der letzten Jahrzehnte bestätigt.

Der Panislamismus ist als System religiös-politischer Anschauungen um die Wende des 19. und 20. Jahrhunderts aufgekommen.

Seine Begründer appellierten an sämtliche Völker, die sich zum Islam bekennen, unabhängig von der geographischen Lage, der Sprache, der Entwicklungsstufe und den historischen Traditionen, sich zu einem einheitlichen Staat unter Führung des Kalifen als des „Stellvertreters Allahs auf Erden“ zusammenzuschließen. Zu Beginn unseres Jahrhunderts beanspruchte diese Rolle der türkische Sultan Abdul Hamid, der sich als geistliches Oberhaupt aller Mohammedaner betrachtete.

Abdul Hamid II. erkannte im Panislamismus und im Kalifat rasch ein Mittel zur Erweiterung und Abrundung seines Reichs. Sieht man von der theologischen Verbrämung ab, so handelte es sich praktisch darum, unter der Macht der Türkei die muslimische Bevölkerung Afghanistans, des Irans, der gewaltigen Kolonialbesitzungen Großbritanniens, Ägyptens sowie der Kolonialbesitzungen Frankreichs (Nordafrikas) und die zahlreichen muslimischen Einwohner des zaristischen Rußland zu vereinigen.

Die panislamische Bewegung erfaßte auch die regierenden Schichten Indiens, Ägyptens und anderer Orientstaaten, die unter dem imperialistischen Joch ächzten. Abdul Hamid benutzte diese Bewegung geschickt für seine Zwecke. Seine geheimen Emissäre unterhielten Verbindungen mit dem Sultan von Marokko, dem Scheich Senussi, den Religionsgesellschaften Ägyptens und Nordafrikas, dem persischen Schah, den indischen Moslems und den bürgerlich-nationalistischen Kreisen der Muselmanen in Rußland. Keine geringe Rolle spielte hierbei der Umstand, daß sich zu jener Zeit im Hoheitsgebiet des Osmanischen Reiches die wichtigsten „heiligen Stätten“ der muselmanischen Welt befanden, nämlich Mekka und Medina (die heutzutage im Besitz von Saudisch-Arabien sind), sowie die von zahlreichen Pilgern besuchten „heiligen Stätten“ der Schiiten: Kerbela und Nedje (nunmehr im Irak).

Der deutsche Imperialismus wandte der panislamischen Bewegung seine wohlwollende Aufmerksamkeit zu. Weit und breit bekannt wurde seinerzeit, 1898, Kaiser Wilhelms II. demagogische Rede am Sarge Saladins in Damaskus. In einen Burnus gehüllt, erklärte der deutsche Militarist:

„Möge Seine Majestät der Sultan und mögen die 300 Millionen Mohammedaner, welche, auf der Erde zerstreut lebend, in ihm ihren Kalifen verehren, dessen versichert sein, daß der Deutsche Kaiser zu allen Zeiten ihr Freund sein wird.“

Dies war eine wahrhaftig weitreichende Einschmeichelei. In einem Brief an Bülow, Ende 1905, enthüllte Wilhelm die Motive seines Anhandelns mit den Muselmanen. Solange kein Bündnis mit der Türkei geschlossen sein werde, hielt er es für unmöglich, einen Krieg zu beginnen. Eine Allianz mit dem Sultan müsse, so schrieb er, koste es was es wolle, erreicht werden, ebenso mit „allen arabischen und maurischen Herrschern“. Bevor ein solches Bündnis mit dem Islam nicht perfekt sei, dürften „wir“ nicht losgehen.

Also versuchte Wilhelm, im Interesse der deutschen Aggression den Panislamismus auszuschlachten. Mit dessen Hilfe hoffte er die Kräfte der Ententeländer ernstlich zu schwächen und zu zersetzen, da sich in deren Besitzungen eine Riesensmenge Muselmanen befand.

Als der erste Weltkrieg begonnen hatte, erreichte Wilhelm bei dem türkischen Sultan-Kalifen die Proklamierung des „Dschihad“: des „heiligen Kriegs“ gegen die Ententeländer. Indes rechtfertigte die Allianz des Kalifats mit dem deutschen Imperialismus die Erwartungen keines der beiden Partner. Zuletzt traten gegen den Sultan-Kalifen nicht nur die Muselmanen des arabischen Ostens auf, sondern auch die türkischen Muselmanen. Der Sultan wurde aus der Türkei verjagt, und das Kalifat hörte auf zu existieren.

Es sei vermerkt, daß auch der britische Imperialismus Versuche unternahm, den Panislamismus im eigenen politischen Interesse auszunutzen. Während des ersten Weltkriegs rief das Oberhaupt der Ismailitensekte Indiens, der bekannte britische Agent Aga Khan, auf Weisung der britischen Behörden die Muselmanen der ganzen Welt zum Krieg gegen Deutschland und gegen die Türkei auf. Im Kampfe gegen die Türkei entfachten die britischen Imperialisten die panarabische Bewegung, indem sie sie durch „muselmanische“ Motive schürten. Die britischen Behörden nutzten Hussein, den Scherif von Mekka, gegen den türkischen Sultan aus und erklärten ihn zum Oberhaupt aller Muselmanen, als angeblich direkten Nachkommen des Propheten Mohammed.

Selbst dieser kurze Rundblick über nicht allzu ferne Ereignisse zeigt, wie wenig die Ideen des Panislamismus und des Kalifats von allem Anfang mit Religion und

geistlichen Dingen gemein hatten. Aber auch nach der Beendigung des ersten Weltkriegs, nach der Liquidierung des Kalifats in der Türkei, 1924, gaben die herrschenden Kreise der muselmanischen Länder und deren imperialistische Gönner die Pläne zur Schaffung eines allumfassenden militärisch-theokratischen muselmanischen Staats nicht auf. Zu diesem Zweck wurden auf Initiative der britischen Imperialisten mehrere „gesamtmuselmanische“ Kongresse einberufen.

Die deutschen, japanischen und italienischen Faschisten ihrerseits richteten bei der Vorbereitung von Aggressionsakten gleichfalls unablässig ihre Blicke auf den Panislamismus.

In der Hochschule für mohammedanische Theologie El Ashar zu Kairo wurde 1935 von Hitleragenten eine panislamische Organisation gegründet, die sich die Verteidigung und Propagierung der Kolonialansprüche des deutschen Faschismus zum Ziel setzte. Eben solche Organisationen tauchten in Spanisch- und Französisch-Marokko und in anderen Ländern auf. Hitlerdeutschland gründete und finanzierte diese Organisationen, um die betrogenen muselmanischen Massen gegen seine Rivalen — England, Frankreich und andere imperialistische Mächte — zu lenken.

Die japanischen Landräuber versuchten die Propagierung der Ideen des Panislamismus als Waffe ihrer Expansion in China auszunutzen. Insbesondere wurde der Versuch angestellt, einen antichinesischen Aufstand der Muselmanen in der Provinz Hsinking zu provozieren, um dieses Territorium zu rauben und in ein Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion umzuwandeln.

Ausgiebig spekulierte der italienische Faschismus mit panislamischen Lösungen. Bekannt sind die Bemühungen des „Duce“, die muselmanische Bevölkerung Äthiopiens gegen den Negus Haile Selassie aufzubringen. Mussolini erklärte sich bekanntlich 1937, während seines Besuchs in Afrika, demagogisch für einen „Gönner des Islam“, und die muselmanische Geistlichkeit Libyens händigte ihm sogar das „Schwert des Islam“ ein.

Alle diese mehrfachen Versuche einer Wiedergeburt des Kalifats erwiesen sich von Anfang an als totgeboren. Die Entwicklung der muselmanischen Staaten verlief auf gänzlich anderer Linie. Eine Wiederherstellung dieser mittelalterlichen Einrichtung konnte bei den Versuchen, die nationale Befreiungsbewegung der Orientvölker in Ketten zu legen, keine auch nur einigermaßen wirksame Waffe sein.

Nichtsdestoweniger machten die imperialistischen Kreise und deren Agenten keine Anstalten, die Propagierung des Kalifats zu begraben und aus ihrem Arsenal zu entfernen. Die Schaffung des muselmanischen Staats Pakistan in Indien hat zur Belebung des Treibens der Panislamiten beigetragen. Sie wären nicht abgeneigt, dieses britische Dominion zum Zentrum eines neuen Kalifats zu machen. Im Hinblick auf diese Pläne schrieb die afghanische Zeitung „Anis“, es handele sich darum, „aus den Moslemstaaten ein Gebilde von der Art des früheren Osmanischen Reiches zu schaffen“, und zwar unter der Führung Pakistans.

Auf die Rolle eines „Führers“ der gesamten muselmanischen Welt erheben auch die reaktionären Kreise Ägyptens Anspruch; hier nahm unlängst mit aktiver Unterstützung durch die Behörden und den englischen sowie den amerikanischen Nachrichtendienst die schon 1906 gegründete reaktionäre panislamische Organisation „Brüderschaft mohammedanischer Reformen“ ihre Tätigkeit wieder auf.

Man darf es nicht für zufällig halten, daß gerade jetzt, in der Periode einer Verschärfung der Krise des Kapitalismus sowie der Zunahme der imperialistischen Widersprüche, die Pläne zur Schaffung eines Kalifats wieder ans Licht gezerzt werden. Erschreckt durch das Ausmaß der nationalen Befreiungsbewegung, sind die reaktionären Kräfte zum

Einsatz jeglicher Beeinflussungsmittel bereit, um die Massen zu zwingen, vom geraden Weg abzubiegen. Sie wollen die wirkliche Befreiung vom Joch des Imperialismus durch einen illusorischen Zusammenschluß im Rahmen eines amorphen muselmanischen Überstaats ersetzen. Die wahren Ziele derjenigen, die den Panislamismus in unserer Zeit ausnutzen, enthüllt die Tatsache, daß diese Richtung sich mit den extrem reaktionären, nationalistischen, faschistischen und rassistischen Strömungen verflucht: mit dem Paniranismus im Iran, dem Panarabismus im arabischen Osten und dem Panturkismus in der Türkei.

Den Plänen der Restaurierung des Kalifats und der Schaffung eines Blocks muselmanischer Länder ist ein bestimmter Platz in der Vorbereitung der Aggression

gegen die Sowjetunion und gegen die Länder der Volksdemokratie zugewiesen. Die Kriegsbrandstifter rechnen darauf, sich durch Entfaltung des religiösen Fanatismus die Aufgabe der Beschaffung von Kanonenfutter zu erleichtern. Dem Kalifat wird im muselmanischen Osten die Rolle einer Art Vatikan zugeordnet, mit dessen Hilfe sich der Versuch machen ließe, die Teilnehmer der nationalen Befreiungsbewegung aus dem Islam zu „exkommunizieren“ und den „Dschihad“ gegen die Sowjetunion und gegen die Länder der Volksdemokratie zu verkünden. All dies erklärt, warum die Pläne der Wiederherstellung des Kalifats von der fortschrittlichen muselmanischen Öffentlichkeit eine entschiedene Abfuhr erhalten.

Moskau.

Nurulla MURATOW

17. Oktober

Truppen der Volksrepublik China besetzen den Hafen Amoy im Süden der Provinz Fukien.

Lil Sharkey, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Australiens, wird vom Zentralen Strafgericht in Sydney wegen seiner Antikriegsaktionen zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Regierung der Volksrepublik Bulgarien beschließt, mit der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik diplomatische Missionen auszutauschen.

18. Oktober

Die englisch-amerikanische Mehrheit im Sicherheitsrat lehnt unter Anwendung des „getarnten Vetos“ den Antrag der Sowjetunion ab, wonach dem Sicherheitsrat empfohlen wird, „als unerlässlich anzuerkennen, daß die Staaten Angaben über die Streitkräfte und die Waffen konventionellen Typs sowie über die Atomwaffe machen“.

Die Regierungen der Tschechoslowakei und Ungarns beschließen, mit der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik diplomatische Missionen auszutauschen.

19. Oktober

Die polnische Regierung beschließt, mit der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik diplomatische Missionen auszutauschen.

Fünfundvierzig prominente fortschrittliche Persönlichkeiten der USA publizieren einen Offenen Brief an den indischen Ministerpräsidenten Nehru, in dem sie gegen die Demokratenverfolgungen in Indien protestieren.

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

Oktober 1949

In Paris beginnt ein von den Polizeibehörden inspirierter Prozeß gegen die Herausgeber von Zeitungen der Kommunistischen Partei Frankreichs — Louis Aragon und André Carrel —, die der „Presseverleumdungen und Beleidigung von Ministern“ angeklagt sind.

20. Oktober

Truppen der Volksrepublik China besetzen Tihwa (Urumtschi), die Hauptstadt der Provinz Hsinking.

Eröffnung der vierten außerordentlichen Tagung des Großen Sozbranje Bulgariens in Sofia.

Für den Frieden haben in Frankreich 4618-460 Personen gestimmt. Die Abstimmung wird fortgesetzt.

In Peking nimmt der vorbereitende Ausschuß zur Einberufung einer Gewerkschaftskonferenz für die Länder Asiens und Ozeaniens seine Arbeiten auf.

21. Oktober

A. J. Wyschinski, der Führer der Sowjetdelegation auf der vierten Tagung der UNO-Vollversammlung, hält in der Plenarsitzung eine große Rede, in der er die gegen die souveränen Rechte Bulgariens, Ungarns und Rumaniens gerichteten Ränke der englisch-amerikanischen Verleumder und Fälscher entlarvt. A. J. Wyschinski erklärt, daß keinerlei Konflikt in bezug auf die Auslegung von Artikeln der Friedensverträge vorliege und daß die Sowjetdelegation gegen den Reso-

lutionsentwurf Einspruch erhebe, in dem um ein Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zu dieser Frage angesucht wird.

Die Angehörigen von acht zum Tode verurteilten griechischen Demokraten richten an das Haupt der Sowjetregierung, Generalissimus J. W. Stalin, eine Botschaft mit dem Ersuchen, Schritte zur Rettung der unschuldig Verurteilten zu unternehmen.

Der Ministerrat der Rumänischen Volksrepublik beschließt, der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik den Austausch diplomatischer Missionen vorzuschlagen.

In New York wird das gegen die Führer der Kommunistischen Partei der USA gefällte Urteil verkündet. Zehn von ihnen sind zu je 5 Jahren Gefängnis und 10 000 Dollar Geldstrafe, einer zu 3 Jahren Gefängnis und 10 000 Dollar Geldstrafe verurteilt.

Der 11. Parteitag der Kommunistischen Partei des Staates Israel wird in Tel Aviv eröffnet.

22. Oktober

Im Namen von Millionen gewerkschaftlich organisierten Werktätigen der Sowjetunion fordert W. W. Kusnezow, Vorsitzender des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion, von dem UNO-Generalsekretär Trygve Lie und von dem Vorsitzenden der UNO-Vollversammlung, Carlos Romulo, unverzügliche Maßnahmen zur Rettung der acht unschuldig zum Tode verurteilten griechischen Demokraten. Die gleiche Forderung wird vom Antifaschistischen Frauenkomitee der Sowjetunion erhoben.

In London wird ein Landeskongreß der Friedensanhänger Englands eröffnet.

VERLAGS ANZEIGEN

VERLAG „ISWESTIJA“

Nachrichten der Sowjets der Deputierten der Werktätigen der UdSSR

„NOWY MIR“

(NEUE WELT)

MONATSSCHRIFT FÜR SCHÖNE LITERATUR
SOWIE GESELLSCHAFTLICHE UND POLITISCHE FRAGEN

ORGAN DES SOWJETSCHRIFTSTELLERVERBANDES DER UNION

(in russischer Sprache)

**Erschienen sind Heft 7, 8 und 9 des Jahrgangs 1949
mit folgenden Beiträgen:**

Romane: W. KATAJEW — *Für die Sowjetmacht*.
W. KAWERIN — *Ein offenes Buch*.

Poeme und Gedichte: J. DOLMATOWSKI —
Lied von der Zukunft. A. KULESCHOW — *Einfache Menschen*. J. BUKOW — *Meine Republik*.
SANDOR PETOFI — *Drei Gedichte*. (Aus dem
Ungarischen von L. Martynow.)

Gedichte der für Frieden und Demokratie gegen
die Kriegsbrandstifter kämpfenden Völker. Verse
von Dichtern ARGENTINIENS, ALBANIENS,
BRASILIENS, BULGARIENS, CHILES, CHI-
NAS, DEUTSCHLANDS, FRANKREICHS, GRIE-
CHENLANDS, INDIENS, ITALIENS, KOREAS,
KUBAS, POLENS, PORTUGALS, RUMÄNIENS,
SIAMS, SPANIENS, WESTAFRIKAS, der TSCHE-
CHOSLOWAKEI, der TÜRKEI, UNGARNS, der
USA und VIETNHAMS.

Zum 200. Geburtstag Goethes: JOHANN
WOLFGANG GOETHE — *Faust*. Auszug aus der
2. Szene: Vor dem Tor.

Aus dem Deutschen von B. Pasternak.

Tagebücher, Erinnerungen, Doku-
mente: I. JANKIN — *Notizen einer Stachanow-
arbeiterin*. Literarische Bearbeitung von M. Schur.

Skizzen aus unseren Tagen. A. CHA-
WIN — *Schneidgeschwindigkeiten*.

Sowjetwissenschaft: Zum 100. Geburts-
tag I. P. Pawlows. Professor J. FROLOW — *Die
Entwicklungswege der sowjetischen Physiologie*.

Kritik und Publizistik. N. KOWALEW
(Parteiorganisator des ZK der KPdSU [B]
im Stalin-Automobilwerk) — *Leserkonferen-
zen*. B. AGAPOW — *Die Sowjetskizze der
Gegenwart*. A. KARAWAJEWA — *Schildträger
des Kosmopolitismus*. Bemerkungen einer Schrift-
stellerin.

Zum 200. Geburtstag A. N. Radisch-
tschews: W. LIDIN — *Die Kollektivwirtschaft
„Heimat Radischtschews“*. N. SMIRNOW-SOKOL-
SKI — *Notizen eines Bücherfreundes*.

Auslandsthemen: N. GABINSKI — *Die
Dollarintervention*. (Die lateinamerikanische Li-
teratur im Kampf gegen die imperialistische
Expansion der USA.)

Bücherschau: Literatur und Kunst; Ge-
schichte, internationale Beziehungen, Militär-
wissenschaft; Parteileben; Wirtschaft und Recht;
Technik und Chemie; Biologie und Land-
wirtschaft; Geographie und Meteorologie;
Medizin.

Neue Bücher. Mai—Juni, Juli und August 1949.

**Jahresbezugspreis: 84 Rubel
Einzelnummer: 7 Rubel**

ANSCHRIFT DER REDAKTION: Moskau 6, Puschkinskaja Ploschtschad 5

DIE NEUE ZEIT

ERSCHEINT WÖCHENTLICH IN
RUSSISCHER,
DEUTSCHER,
ENGLISCHER UND
FRANZÖSISCHER SPRACHE.

DIE NEUE ZEIT

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS. SIE INFORMIERT ÜBER DAS LEBEN DER
VÖLKER ALLER LÄNDER UND IHREN KAMPF FÜR
DEMOKRATIE, DAUERHAFTEN FRIEDEN UND SICHER-
HEIT. DIE ZEITSCHRIFT ENTLARVT DIE RÄNKE DER
FEINDE DES FRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN
ZUSAMMENARBEIT UND FÜHRT EINEN KAMPF
GEGEN DIE KRIEGSBANDSTIFTER. SIE TRITT GEGEN
FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN DER
REAKTIONÄREN PRESSE AUF.

DIE NEUE ZEIT

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSÖNLICHKEITEN DES ÖFFENT-
LICHEN LEBENS.